



KURS HALTEN IN STÜRMISCHEN ZEITEN
Geschäftsbericht 2009

© 2010 **Bundesagentur für Arbeit (BA)**, Regensburger Straße 104, 90478 Nürnberg

Postanschrift: Postfach, 90327 Nürnberg

Telefon 0911 179-0, Telefax 0911 179-2123

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. Belege an die Bundesagentur für Arbeit.

Redaktionsschluss 8. Februar 2010

GESCHÄFTSBERICHT 2009

**Achtundfünfzigster Geschäftsbericht
der Bundesagentur für Arbeit**

Für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 erstattet der Vorstand gemäß § 393 Abs. 2 SGB III den folgenden, vom Verwaltungsrat genehmigten Geschäftsbericht.*

*Ausführungen zum SGB II unterliegen nicht der Genehmigung durch den Verwaltungsrat der BA.

INHALT

Vorwort des Vorstandes	4
Vorwort des Verwaltungsrates	6
Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr 2009	8
1. KURZBERICHT ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2009	10
2. GESCHÄFTSPOLITISCHE ZIELE	13
3. BERICHT DES VERWALTUNGSRATES	18
4. WEITERENTWICKLUNG DER BA	20
Weiterentwicklung der Geschäftsprozesse	20
Die neue JOBBÖRSE – Jetzt einfach für alle	21
Entwicklungen im Bereich der Familienkasse	22
Kundenreaktionsmanagement	22
Interne Revision	23
creativ ideenmanagement	24
5. PERSONAL/ORGANISATIONSENTWICKLUNG	25
Personalpolitik der BA	25
Leistungs- und Entwicklungsdialo	25
Hochschulausbildung in der BA	25
Qualifizierung von Führungskräften	26
Einführung von Langzeitkonten	26
Leistungstarifvertrag für Führungskräfte	26
Dienstleistungsqualität im Internen Service (IS) Personal	26
Personalkonzepte für die Grundsicherung und die Arbeitslosenversicherung	27
6. FINANZEN	28
7. SGB II	34
Positive Ergebnisse der ersten Kundenbefragung SGB II	34
Qualitätsmanagement in der Grundsicherung	34
Bekämpfung des Leistungsmissbrauchs	34
Widersprüche und Klagen	35
Der Neukundenprozess	36
Aktives Netzwerkmanagement im SGB II	37

8. ARBEITSMARKT	38
Konjunktur und Arbeitsmarkt	38
Ausbildungsmarkt	41
Internationale Beziehungen	42
Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV)	43
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)	44
Chancengleichheit am Arbeitsmarkt	44
Fachtagung „Perspektiven für Alleinerziehende“	45
9. NEUAUSRICHTUNG DER ARBEITSMARKTDIENSTLEISTUNGEN	46
Ausgewählte arbeitsmarktpolitische Instrumente und Sonderprogramme	46
Vermittlungsbudget (§ 45 SGB III)	46
Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung (§ 46 SGB III)	46
Förderung der beruflichen Weiterbildung	46
Übergang Schule-Beruf	47
Europäischer Sozialfonds (ESF)	49
Europäischer Globalisierungsfonds (EGF)	49
Programm „WeGebAU“	49
Qualifizierung während Kurzarbeit – Programm „FbW während Kug“	50
Förderung der Teilhabe behinderter und schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben	50
Kurzarbeit	51
Winterbau/Saison-Kurzarbeitergeld	52
Altersteilzeit	52
Neuausrichtung der Arbeitsmarktdienstleistungen im SGB II	53
10. LOHNERSTATTLEISTUNGEN	54
Insolvenzgeld	54
Arbeitslosengeld/Teilarbeitslosengeld	54
Freiwillige Weiterversicherung	54
Sperrzeiten	54
Widersprüche und Klagen	55
ANHANG	56

VORWORT DES VORSTANDES

Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

ein Wort hat das Jahr 2009 geprägt: Krise. Davon war auch die Bundesagentur für Arbeit (BA) stark betroffen. Sie hat die Auswirkungen des in der Geschichte bisher einmaligen Konjunkturerinbruchs sowohl im operativen Geschäft als auch im Hinblick auf ihre finanzielle Situation zu spüren bekommen – und die damit verbundenen Herausforderungen gut gemeistert.

Die Aussichten auf das Jahr 2009 waren mehr als trüb: Experten sagten ein Schrumpfen der Wirtschaft von bis zu 6,5 Prozent und ein beinahe explosionsartiges Ansteigen der Arbeitslosigkeit voraus. Diese Befürchtungen haben sich nicht bewahrheitet. Insgesamt zeigte sich der Arbeitsmarkt angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung überraschend robust. Das ist vor allem dem arbeitsmarktpolitischen Instrument der Kurzarbeit zu verdanken, das von den Unternehmen stark genutzt wurde und wird. Dennoch gibt es keinen Grund zur Entwarnung. Die Struktur des Arbeitsmarktes hat sich verschlechtert: Verloren gegangene Vollzeitstellen sind durch Teilzeitstellen ersetzt worden, Arbeitszeitkonten sind aufgebraucht und die Beschäftigung geht zurück.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit blieb vor allem moderat wegen der politischen Entscheidung, die Modalitäten der Kurzarbeit zu verbessern und vor allem die Bezugsdauer zu verlängern. Allerdings hatte dies auch seinen Preis. So beliefen sich die Ausgaben für Kurzarbeitergeld auf über fünf Milliarden Euro. Die durch die Rezession verursachten hohen Ausgaben der BA trafen zusammen mit einem zu Beginn des Jahres erneut gesenkten Beitragssatz. In der Folge sind die finanziellen Reserven der BA, die Ende 2008 noch fast 17 Milliarden Euro betragen, beinahe aufgebraucht.

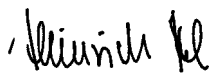
Unter dem Strich bleibt dennoch eine positive Bilanz. Die BA hat ihren Beitrag in der schlimmsten Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg geleistet und sich als wertvoll und unverzichtbar erwiesen. Bei den Koalitionsverhandlungen der neuen Regierung stand daher die Existenzberechtigung der BA nie ernsthaft zur Diskussion.

Für diese Leistung bedanken wir uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die die unerwarteten Belastungen schultern mussten. Unser Dank gilt ebenso allen Partnern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, vor allem unserem Verwaltungsrat und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Im Bereich der Grundsicherung hat sich die enge Zusammenarbeit mit den kommunalen Trägern bewährt. Die bisherige Umsetzung hat gezeigt wie wichtig es ist, kommunale Leistungen zur sozialen Stabilisierung mit der

Arbeitsmarktpolitik der BA zu verbinden. Dieser konstruktive Weg sollte auch in Zukunft beschritten werden.

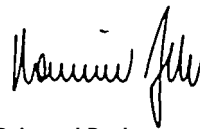
Im Jahr 2010 wird die Belastung für die BA hoch bleiben. Die Folgen des Abschwunges werden auf dem Arbeitsmarkt voll zum Tragen kommen und die Neuorganisation des SGB II wird Zeit und Kraft kosten. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass die Politik entschieden hat, die finanziellen Folgen der Krise bei der BA mit einem einmaligen Zuschuss auszugleichen. Dadurch bleibt die BA handlungsfähig und ein starker Partner für die Bürger.



Heinrich Alt
Vorstand Grundsicherung



Frank-J. Weise
Vorsitzender des Vorstandes



Raimund Becker
Vorstand Arbeitslosenversicherung



VORWORT DES VERWALTUNGSRATES

Die BA ist unter schwierigen Rahmenbedingungen in das Geschäftsjahr 2009 gestartet: Die 2008 ausgebrochene schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik mit massiven Auftrags- und Absatzeinbrüchen bei den Unternehmen in Deutschland drohte zunehmend auch den Arbeitsmarkt zu erfassen.

Verwaltungsrat und Vorstand der BA haben frühzeitig reagiert und bereiteten mit der Bundesregierung die Grundlage dafür, dass die Arbeitsverwaltung gut gerüstet und mit hinreichenden Ressourcen ausgestattet den Herausforderungen am Arbeitsmarkt begegnen konnte. Mit dem Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland (Konjunkturpaket II) hat die Bundesregierung hierfür wesentliche Weichenstellungen vorgenommen. So wurden mit diesem Gesetzespaket die Zugangsvoraussetzungen für Kurzarbeitergeld erheblich vereinfacht und die betrieblichen Kosten für Kurzarbeit deutlich gesenkt. Zudem haben Bundesregierung und Verwaltungsrat die Möglichkeiten zur Qualifizierung während des Bezugs von Kurzarbeitergeld ausgebaut. Die BA flankierte das Konjunkturpaket II mit Information, Beratung und Förderung und kommunizierte auf verschiedenen Informationskanälen die zusätzlich geschaffenen Möglichkeiten zur Beschäftigungssicherung an die Unternehmen: So beriet beispielsweise der auf Initiative des Verwaltungsrates in den vergangenen Jahren kontinuierlich verbesserte Arbeitgeber-Service die Unternehmen gezielt über den Einsatz von Kurzarbeitergeld und die zusätzlichen Qualifizierungsmöglichkeiten. Die von Vorstand und Verwaltungsrat flankierten, enormen Anstrengungen der Arbeitsverwaltung haben wesentlich dazu beigetragen, dass das Instrument Kurzarbeit breit zum Einsatz kommen und Kurzarbeitergeld schnell und unbürokratisch ausgezahlt werden konnte. Dies hat vielen Unternehmen geholfen, trotz massiver Auftrags- und Absatzeinbrüche möglichst viele Arbeitsplätze zu sichern. Der Verwaltungsrat sieht sich auch mit diesem Beitrag der BA im Kampf gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in seinen Bemühungen der vergangenen Jahre bestätigt, die Arbeitsverwaltung durch einen umfassenden Reformprozess zu einem leistungsstarken Träger der Sozialversicherung umzugestalten.

Die im Zuge der Reformen etablierte Steuerung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nach Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit war eine wesentliche Grundlage für den zielgenaueren Einsatz des Förderinstrumentariums. Heute werden arbeitsuchende Menschen besser unterstützt und Mittel der Beitragszahler zur Arbeitslosenversicherung effektiver und effizienter eingesetzt. Nicht zuletzt hierdurch ist es gelungen, dass die BA trotz deutlicher Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung mit einer Finanzreserve von 17 Milliarden Euro in die Wirtschaftskrise gehen konnte. Diese hat die BA im Jahr 2009 fast vollständig zur Bewältigung der Folgen für den Arbeitsmarkt eingebracht und somit einen überproportionalen Beitrag zur Krisenbewältigung geleistet. Der Verwaltungsrat hat frühzeitig deutlich gemacht, dass darüber hinausgehende Sonderlasten zur Krisenbewältigung am Arbeitsmarkt nicht allein aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung finanziert werden können. Daher begrüßt der Verwaltungsrat ausdrücklich, dass die Bundesregierung die Initiative des Ver-

waltungsrates aufgegriffen hat, das Defizit im Haushalt der BA in 2010 durch voraussichtlich 16 Milliarden Euro auszugleichen und damit die krisenbedingten finanziellen Mehrbelastungen abzufedern, wenn auch nur für ein Jahr. Dies wird Defizite in den nächsten Haushaltsjahren aber nicht verhindern können. Die große Mehrheit des Verwaltungsrates erneuert seine Kritik am Eingliederungsbeitrag in Höhe von jährlich 5,5 Milliarden Euro ab 2010 und sieht darin einen verfassungswidrigen Eingriff des Bundes in das beitragsfinanzierte System.

Da es insbesondere in der aktuellen Krisensituation Menschen mit geringer Qualifikation besonders schwer haben, eine neue Beschäftigung zu finden, hat der Verwaltungsrat gemeinsam mit dem Vorstand eine gezielte Initiative zur Flankierung des Strukturwandels auf den Weg gebracht. Im Rahmen dieser Initiative stehen zusätzliche Haushaltsmittel bereit, um mehr Arbeitslose ohne Berufsabschluss zu einem qualifizierten Abschluss zu führen. Des Weiteren wird der Verwaltungsrat weiterhin darauf drängen, dass die BA ihr Dienstleistungsangebot insgesamt kontinuierlich verbessern wird.



Annelie Buntenschach
Vorsitzende des Verwaltungsrates



Peter Clever
Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates



WICHTIGE EREIGNISSE IM GESCHÄFTSJAHR 2009

13. FEBRUAR 2009

Verwaltungsrat stellt Nachtragshaushalt für 2009 zur Umsetzung des Konjunkturpaketes der Bundesregierung fest, insbesondere Erhöhung des Eingliederungstitels und Erweiterung Kurzarbeitergeld

FEBRUAR

APRIL

JUNI

JANUAR

MÄRZ

MAI

1. JANUAR 2009

Gesetz zur Neuausrichtung arbeitsmarktpolitischer Instrumente tritt in Kraft

31. MÄRZ 2009

BA und „Welt der Wunder“ starten Internet-TV-Format www.wdwip-jobxl.tv

14. MAI 2009

Tag des Ausbildungsplatzes – auch in der Krise ausbilden und Fachkräftenachwuchs sichern

31. AUGUST 2009

BA und Deutsche Telekom starten bundesweites Modellprojekt zur Integration von benachteiligten Jugendlichen in den Ausbildungsmarkt

9. OKTOBER 2009

Verwaltungsrat erlässt die Erste Änderung der Einstiegsqualifizierungs-förderungs-Anordnung

13. OKTOBER 2009

Positive Bilanz zum Ende des Berufsberatungsjahres 2008/2009 trotz wirtschaftlicher Krise – weniger unversorgte Bewerber und noch zahlreiche Ausbildungsplatzangebote

17. DEZEMBER 2009

Verwaltungsrat erlässt Anordnung zur Festlegung der erfolgsbezogenen Pauschale bei Vermittlung von Teilnehmern berufsvorbereitender Bildungsmaßnahmen in betriebliche Berufsausbildung

Verwaltungsrat stellt unter Berücksichtigung der Bedingungen der Genehmigung durch die Bundesregierung den Haushalt 2010 erneut fest

AUGUST

OKTOBER

DEZEMBER

JULI

SEPTEMBER

NOVEMBER

1. JULI 2009

Erhöhung der Regelsätze in der Grundsicherung für Arbeitsuchende von 351 EUR auf 359 EUR

Annelie Buntenbach wird neue Vorsitzende des Verwaltungsrates der BA

17. JULI 2009

Verwaltungsrat beschließt Geschäftspolitische Ziele 2010 der BA im Bereich der Arbeitslosenversicherung

Verwaltungsrat willigt in überplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen ein, insbesondere für Kurzarbeitergeld, Arbeitslosengeld und Insolvenzgeld

2. SEPTEMBER 2009

Neue JOBBÖRSE der BA vorgestellt – verbesserter Bedienkomfort und mehr Service

16. SEPTEMBER 2009

Die Familienkasse der BA bietet mit „Kindergeld Online“ einen neuen internetbasierten Service. Ab sofort können Eltern ihren Antrag auf Kindergeld auf den Internetseiten der BA aufrufen, am Bildschirm bearbeiten und online übermitteln

11. NOVEMBER 2009

BA achtet Datenschutz: Die Einhaltung des Datenschutzes in der JOBBÖRSE wird in enger Abstimmung mit dem Bundesbeauftragten für Datenschutz regelmäßig überprüft – Verfahren in JOBBÖRSE ist sicher und entspricht den gesetzlichen Vorgaben des Datenschutzes

13. NOVEMBER 2009

Verwaltungsrat entlastet den Vorstand der BA für das Haushaltsjahr 2008

Verwaltungsrat willigt in überplanmäßige Ausgaben für Insolvenzgeld ein

Verwaltungsrat verabschiedet Haushalt 2010

KURZBERICHT ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2009

Weltwirtschaftskrise fordert Arbeitsmarktakteure

Kurzarbeit verhindert Anstieg der Arbeitslosigkeit

Die weltweite Krise des Finanz- und Bankensektors hat 2009 die Wirtschaft insgesamt erfasst. Für den deutschen Arbeitsmarkt waren deren Auswirkungen allerdings moderat. Dazu beigetragen haben die vorausschauende Geschäftspolitik der BA und eine weitsichtige Personalpolitik der Unternehmen. Entlastung brachte zudem die demografische Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials. Besonders dämpfend hat sich darüber hinaus die Kurzarbeit erwiesen, deren Inanspruchnahme durch gesetzliche Änderungen erleichtert wurde. Nachdem 2008 die Zahl der Arbeitslosen auf jahresdurchschnittlich 3,268 Mio. abgesunken war, stieg sie 2009 – vor dem Hintergrund des Ausmaßes der Wirtschaftskrise vergleichsweise gering – auf 3,423 Mio. an. Die Zahl der gemeldeten Stellen verzeichnete hingegen ein deutliches Minus. Gleichzeitig fällt es jedoch einzelnen Branchen zunehmend schwerer, offene Stellen zu besetzen, was als erstes Signal eines drohenden Fachkräftemangels gewertet werden kann.

Die Beschäftigung von Frauen in eher weniger konjunkturereagiblen Berufsfeldern führte dazu, dass sie von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit weniger stark betroffen waren. Sie profitieren von der anhaltend starken Nachfrage nach Fachkräften im Dienstleistungssektor.

Trotz Rezession: Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt

Am Ausbildungsmarkt hat sich die Lage 2009 trotz der schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter entspannt. Der demografische Rückgang der Bewerberzahlen sowie das angesichts der Krise relativ stabile betriebliche Ausbildungsangebot (–5,6 % bei den Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) gemeldete Stellen gegenüber dem Vorjahr) und die Fördermaßnahmen der BA haben hierzu beigetragen. Es gab laut Berufsberatungsstatistik der BA zum Ende des Berufsberatungsjahres bei den Agenturen für Arbeit und ARGEn erneut mehr gemeldete unbesetzte Ausbildungsstellen als unversorgte Bewerber. Die Zahl der Bewerber aus früheren Schulentlassjahren konnte reduziert werden, der Anteil lag 2009 bei 45,7 %. Regionale und strukturelle Unterschiede erschweren die Besetzung zahlreicher Stellen und machen auch weiterhin gezielte Anstrengungen für eine wirksame Ausbildungsvermittlung erforderlich.

Gute Dienstleistung durch motiviertes und qualifiziertes Personal in Verbindung mit neuestem eGovernment

Verstärkung in Vermittlungs- und Leistungsbereichen

Die Beschäftigungssicherung in den Betrieben über die zeitnahe und korrekte Gewährung von Kurzarbeitergeld, aber auch zahlreiche andere gestiegene Anforderungen infolge der Krise konnten mit der kurzfristigen personellen Verstärkung der Vermittlungs- und Leistungsbereiche in den Agenturen für Arbeit und in der Grundsicherung für Arbeitsuchende erreicht werden. Neue Mitarbeiter wurden systematisch ausgewählt und qualifiziert, so dass sie rasch ihre komplexen Aufgaben in hoher Qualität bewältigen konnten. Auf technischer Ebene hat die Überarbeitung der JOBBÖRSE ihren Beitrag geleistet. Deutschlands größtes Online-Stellenportal ist nun auf dem neuesten Stand.

Eine zentrale Rolle spielte ferner die Beratung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Zusammenhang mit Kurzarbeit, um Beschäftigungspotenziale für die Zeit nach der Krise zu schaffen. Dabei stand die Beratung von Weiterbildung während Kurzarbeit im Fokus.

Im Rahmen der Kundenorientierung gelang es trotz erheblicher Arbeitsbelastung, wesentliche Dienstleistungsstandards, wie die Erreichbarkeit, Beratungsqualität und Leistungsgewährung etc. weiterhin auf einem hohen Niveau zu gewährleisten.

Weiterhin hohe Dienstleistungsstandards

Verbesserungen im Rechtskreis SGB II

Im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende gelingt es immer besser, Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Ausschlaggebend hierfür waren die professionalisierten Betreuungs- und Vermittlungsprozesse und der Arbeitsmarkt. Insbesondere durch die bundesweite Einführung des 4-Phasen-Modells (4-PM) wurde eine wichtige Grundlage dafür gelegt, dass sowohl die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit zwischen der Arbeitslosenversicherung und der Grundsicherung für Arbeitsuchende als auch die Eingliederungsleistungen in der Grundsicherung verbessert werden. Es beschreibt den Prozess der arbeitnehmerorientierten Integrationsarbeit in idealtypischer Weise und dient somit als Referenzmodell für das vermittlerische und beraterische Handeln. Unterstützt werden so vor allem die Einhaltung der gesetzlichen Mindestanforderungen und eine hohe, bundesweit vergleichbare Qualität der Aufgabenerledigung. Wie zufrieden die Kunden mit der Servicequalität in der Grundsicherung für Arbeitsuchende sind, ist auch den Ergebnissen der regelmäßig durchgeführten Quartalsbefragung entnehmbar: Knapp 40 % verteilten diesbezüglich die Noten 1 oder 2.

*4-Phasen-Modell
bundesweit eingeführt*

Internationale Beziehungen

Die EU-Kommission und die Weltvereinigung öffentlicher Arbeitsverwaltungen haben die deutschen Antworten auf die Krise auf internationalen Podien präsentieren lassen. Die Kurzarbeit wurde dadurch als deutsches Modell in vielen Ländern modifiziert übernommen. Zudem wurde die BA für weitere drei Jahre in der Funktion der Vizepräsidentschaft für die Region Europa bestätigt.

Neu- und Weiterentwicklung innovativer Handlungsansätze

Die 2008 entwickelten Ansätze aus den Aktionsprogrammen „Innovation“ und „Prävention“ finden zunehmend Verankerung im operativen Geschäft. Neben verschiedenen Initiativen zur Prävention von Geringqualifizierung und Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit hatte im abgelaufenen Geschäftsjahr das Querschnittsthema „Migration“ einen hohen Stellenwert. Hier lag der Fokus auf Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die mit einem ganzheitlichen Integrationscoaching beim Übergang von der Schule in den Beruf unterstützt wurden. Ein Handlungsfeld ist auch die Entwicklung innovativer Ideen und Ansätze geworden, um zukünftigen Herausforderungen am Arbeitsmarkt gut vorbereitet begegnen zu können.

*Neue Ansätze in der
aktiven Arbeitsmarktpolitik*

Wirkungsanalyse als ständige Aufgabe und Informationsquelle

Das tiefgreifende Verständnis für die Wirkung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente ist eine wichtige Voraussetzung für eine bedarfsorientierte und wirksame Unterstützung der Kunden. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, wurde mit der BA-Wirkungsanalyse TrEffeR (Treatment Effects and Prediction) ein Berichtssystem entwickelt, das die Wirkung der Regelinstrumente der aktiven Arbeitsförderung hoch differenziert ausweist.

Marketing

Die geschäftspolitischen Ziele der BA wurden im Jahr 2009 offensiv unterstützt. Als Kernbotschaft für die Marketingaktivitäten und als verbindendes Element für die Kommunikation mit allen Zielgruppen hat sich „aktiv für Arbeit“ etabliert. Die wirtschaftliche Situation in Deutschland bestimmte auch weitestgehend die Themensetzung der Kampagnen. So waren die gemeinsame Kampagne mit dem BMAS zur Kurzarbeit „Einsatz für Arbeit“ und die daran anschließende Qualifizierungsoffensive „Stärke in Zeiten der Krise entfalten“ Schwerpunktthemen im Arbeitgeberbereich. Mit hoher Priorität war auch die Kampagne zum Neustart der JOBBÖRSE versehen: „Jetzt einfach für alle“. Jugendliche wurden in ihrer beruflichen Orientierung weiter durch die Online-Kampagne planet-beruf.de und die Aktivitäten im Rahmen der BRAVO JobAttacke unterstützt. Des Weiteren wurde unter dem Titel „Hilfreiche Hände“ erstmals eine arbeitgeberorientierte Kampagne für Leistungsempfänger in der Grundsicherung durchgeführt.

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2010

Mehr Transparenz mit dem Regionalen Arbeitsmarktmonitor

Um Transparenz über die lokalen Beschäftigungsrisiken und -chancen herzustellen, wird die BA im Jahr 2010 den Regionalen Arbeitsmarktmonitor bundesweit einführen. Er basiert auf nationalen Einschätzungen zu verschiedenen Branchen, die auf regionale Beschäftigungsstrukturen heruntergerechnet, vor Ort überprüft und angepasst werden. Ergänzt durch die Analyse der strukturellen Verfassung jeder Region, die für die kurzfristige Kompensationsfähigkeit des Beschäftigungsrisikos bedeutsam ist, bietet er lokalen Akteuren eine Entscheidungshilfe zur Prioritätensetzung.

Neue SGB II-Organisation erforderlich

Nach wie vor bestehen bleibt für das Jahr 2010 die Herausforderung, die mit der schnellen Entwicklung und Umsetzung einer Lösung für die SGB II-Organisationsstruktur verbunden ist. Hier gilt es, nicht nur die Verantwortlichkeiten neu aufzustellen, sondern dabei immer auch den besonderen Bedürfnissen der Betroffenen gerecht zu werden.

Experten befürchten, dass sich die Konsequenzen aus der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2010 deutlicher auf den Arbeitsmarkt niederschlagen werden. Um diesen zu begegnen, wird das Thema Kurzarbeit auch weiterhin eine große Rolle spielen.

Die wirtschaftliche Situation in einzelnen Branchen und Regionen wird strukturelle Anpassungen nach sich ziehen. Vor diesem Hintergrund bringt die BA für 2010 die Initiative zur Flankierung des Strukturwandels auf den Weg. Das dafür vorgesehene Budget wird primär zur betriebsnahen Qualifizierung Geringqualifizierter eingesetzt.

GESCHÄFTSPOLITISCHE ZIELE

Rahmenbedingungen für das Jahr 2009

Das Geschäftsjahr 2009 wurde von einem erheblichen Rückgang der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung geprägt. Durch stabilisierende Maßnahmen der Bundesregierung, mitarbeiterorientierter Personalpolitik von Unternehmen und einer proaktiven Geschäftspolitik der BA stellte sich das negative Ausmaß für den Arbeitsmarkt weniger deutlich dar als noch zu Jahresbeginn prognostiziert.

Rahmenbedingungen in einem wirtschaftlichen Krisenjahr

Wichtige Rahmenbedingungen zum Arbeitsmarkt

Jahresergebnisse

	2005	2006	2007	2008	2009
Bruttoinlandsprodukt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	0,8	3,2	2,5	1,3	- 5,0
Erwerbstätige, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	- 0,6	0,6	1,7	1,5	- 0,2
Arbeitslose im Jahresdurchschnitt (in Tausend)	4.861	4.487	3.776	3.268	3.423
davon SGB III	2.091	1.664	1.253	1.011	1.194
davon SGB II	2.770	2.823	2.523	2.257	2.229
Alle gemeldeten Stellen im Jahresdurchschnitt (in Tausend)	413	564	621	568	486

Steuerung und Zielerreichung im SGB III

Die mit dem Verwaltungsrat abgestimmte geschäftspolitische Ausrichtung der BA blieb trotz der Wirtschaftskrise im Jahr 2009 im Vergleich zu den Vorjahren grundsätzlich unverändert: Arbeitslosigkeit vermeiden, Menschen schnell in Arbeit integrieren, eine hohe Kundenzufriedenheit erreichen und mit den anvertrauten Beitragsgeldern wirkungsorientiert und wirtschaftlich arbeiten.

Der Arbeitsmarkt war 2009 von einer geringeren Aufnahmefähigkeit gegenüber dem Vorjahr und einem erhöhten Beschäftigungsrisiko für Arbeitnehmer gekennzeichnet. Somit bezogen sich die Hauptaktivitäten im Bereich der beitragsfinanzierten Leistungen der BA auf den Integrationsprozess und die Beschäftigungssicherung. Vor diesem Hintergrund wurden die ursprünglichen Zielsetzungen im Frühjahr 2009 nach Veröffentlichung des Jahreswirtschaftsberichtes der Bundesregierung durch Erwartungswerte angepasst.

Im Fokus steht weiterhin die Vermeidung und Beendigung von Arbeitslosigkeit

Vermeidung von Arbeitslosigkeit

Die Wirtschaftskrise stellte die BA 2009 vor besondere Herausforderungen. Es galt den Arbeitsmarkt durch folgende, präventive Handlungsansätze zu stabilisieren:

- Wirksame und schnelle Unterstützung bei der Beschäftigungssicherung, um Arbeitslosigkeit erst gar nicht eintreten zu lassen,
- Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer in Unternehmen (WeGebAU) sowie
- Förderung beruflicher Weiterbildung während Kurzarbeit.

So gelang es 2009 trotz der schwierigen Bedingungen am Arbeitsmarkt 260.000 Arbeitnehmern, deren Arbeitsverhältnis in absehbarer Zeit geendet hätte, nahtlos einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Dies waren 31.350 weniger als im Vorjahr.

Vor allem aber der Einsatz von Kurzarbeit, der Unternehmen in Deutschland hilft auf Entlassungen zu verzichten, um die konjunkturelle Abkühlung ohne umfangreichen Personalabbau überbrücken zu können, trug zur Stabilisierung des Arbeitsmarktes bei. Beispielsweise machten im Juni 2009 insgesamt 63.900 Unternehmen für 1.415.800 Kurzarbeiter von dieser Möglichkeit Gebrauch, im Vorjahresmonat waren es lediglich 5.100 Unternehmen mit 39.300 Kurzarbeitern.

Weiterbildung von Beschäftigten zur Reduzierung der Gefahr, arbeitslos zu werden

Die Wirtschaftskrise bestätigt nachdrücklich, dass ein guter Bildungsstatus das Risiko, arbeitslos zu werden, reduziert. Auch daher intensivierte die BA 2009 erneut die Aktivitäten auf dem Gebiet der Qualifizierung und Weiterbildung von Beschäftigten. Unter Einbeziehung des Nachtragshaushaltes im Rahmen des Konjunkturpaketes II und ESF-Mitteln der Bundesregierung wurden im Jahr 2009 für fast 173.600 Arbeitnehmer zertifizierte Weiterbildungsmaßnahmen zur Beschäftigungssicherung gefördert. Die in 2009 für die Beschäftigungssicherung vorgesehenen Mittel beliefen sich hierbei auf ein Gesamtbudget von 750 Mio. EUR, wobei die Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitnehmer in Unternehmen (WeGebAU) mit 400 Mio. EUR den größten Anteil darstellte. Während der Finanz- und Wirtschaftskrise kaum in Anspruch genommen wurde hingegen das neu eingeführte Instrument zur Qualifizierung wieder eingestellter Leiharbeiter.

Um finanzielle Einbußen für Arbeitnehmer und Unternehmen bei beruflicher Weiterbildung so gering wie möglich zu halten, gewährte die BA neben den Qualifizierungskosten Arbeitsentgeltzuschüsse in Höhe von rund 185 Mio. EUR.

Integrationsarbeit

Weiterentwicklung des Arbeitgeber-Service

Die Wirtschaftskrise schlug sich am Arbeitsmarkt neben dem Anstieg der Arbeitslosigkeit am deutlichsten im Rückgang gemeldeter Stellen nieder. Der BA gingen bis Jahresende 1.455.200 Stellenangebote für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu. Im Vergleich zum Vorjahreswert senkten sich die Zugänge damit um rund 19 % (1.793.300). Um arbeitslosen Kunden dennoch einen nachhaltigen Übergang in Beschäftigung zu ermöglichen, begegnete die BA diesen veränderten Rahmenbedingungen in enger Zusammenarbeit mit den ARGEn. So wurde beispielsweise das „rechtskreisübergreifende Leitkonzept“ für einen gemeinsamen Arbeitgeber-Service zur Steigerung von Synergieeffekten konsequent umgesetzt und die hohe Leistungsorientierung durch ambitionierte Zielvereinbarungen und erweiterter Vertriebsorientierung ausgebaut.

Steuerung durch Wirkungskennzahlen im Geschäftsfeld „berufliche Rehabilitation“

Auch gelang es der BA im strategischen Geschäftsfeld „berufliche Rehabilitation“ das Zielsystem zur Steuerung über Wirkungskennzahlen weiter zu entwickeln. Von den aus rehaspezifischen Hauptmaßnahmen ausgetretenen Rehabilitanden konnten 37 % innerhalb von sechs Monaten erfolgreich in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden. Dies entspricht einer Steigerung von +7,3 % zum Vorjahr.

Sofern sich eingetretene Arbeitslosigkeit bei Arbeitnehmern nicht hat vermeiden lassen, konnte die Dauer des Vermittlungsprozesses trotz der Wirtschaftskrise nahezu auf dem Niveau des Vorjahres gehalten werden; die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit nahm lediglich um sechs Tage zu. Insgesamt fanden 2009 1,74 Mio. zuvor arbeitslose Menschen eine neue Beschäftigung, + 36.630 mehr als im Vorjahr. In Relation zum Kundenpotenzial, das um + 10,4 % gegenüber dem Vorjahr anstieg, entspricht dies einem Integrationsgrad von 38,8 %.

*Steuerungsimpulse
zeigten Wirkung*

Es stellt sich somit bezüglich der Integrationsbilanz ein geteiltes Bild dar: Einerseits wirkt sich der Rückgang von Stellenangeboten auf den Anstieg der Arbeitslosigkeit aus, auf der anderen Seite dämpfen von der BA eingeleitete Maßnahmen und genutzte Instrumente die negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt erheblich ab.

Ausbildungsmarkt

Aufgrund der Anstrengungen der Arbeitsmarktakteure sowie des fortschreitenden demografischen Wandels entspannte sich die Lage am Ausbildungsmarkt durch eine verbesserte Relation gemeldeter Ausbildungsstellen zu Bewerbern gegenüber dem Vorjahr weiter. Darüber hinaus trug die Förderung von 40.500 benachteiligten jungen Menschen im Rahmen von Ausbildungen in außerbetrieblichen Einrichtungen durch die BA und ARGE n zur guten Verfassung des Ausbildungsmarktes bei. 120.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mündeten in berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (Vorjahreswert: 124.100), um sich auf eine reguläre Ausbildung vorzubereiten.

Weitere Verbesserung der Kundenzufriedenheit

Insbesondere bei jungen Menschen bis zu 25 Jahren erreichte die BA eine deutliche Verbesserung der Kundenzufriedenheit. Mit einer Gesamtbeurteilung der Berufsberatung „gut“ (2,2) – Vorjahreswert (2,5) – unterstrich sie in besonderer Art und Weise ihren Anspruch, zuverlässiger und vertrauenswürdiger Dienstleister am Ausbildungsmarkt zu sein. Arbeitnehmer beurteilten die Gesamtleistung der BA trotz schwieriger Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt auf ähnlich hohem Niveau (2,3) – Vorjahreswert (2,4). Auch Arbeitgeber achten die kontinuierlichen Verbesserungsprozesse und bestätigen diese durch ein hohes Vertrauen in die Leistungsfähigkeit der BA. Mit einem besonders guten Gesamtergebnis (2,2) konnte der Vorjahreswert (2,3) erneut unterschritten werden.

*Kundenzufriedenheit
trotz Krise weiter auf
hohem Niveau*

Steuerung und Zielerreichung im SGB II

Geschäftspolitische Ziele

Führung und Steuerung im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende erfolgen auf Basis einer Zielvereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und der BA. Der Bundeshaushalt und die Eckwerte der Bundesregierung stellen die Grundlage für die Zielvereinbarung im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Der unsicheren Prognosesituation wurde 2009 dadurch Rechnung getragen, dass auf Basis der Frühjahrsprojektion (BiP 2009: – 6 %) und der Bilanz des 1. Quartals korrigierte Erwartungswerte für die beiden Ziele

*Anspruchsvolle Ziele
für die Umsetzung der
Grundsicherung*

Verringerung der Hilfebedürftigkeit und Verbesserung der Integrationen in Erwerbstätigkeit festgelegt wurden:

- Zunahme der passiven Leistungen um 4,0 % bzw. Mehrausgaben von 530 Mio. EUR (Erwartungswert) sowie
- Senkung der Integrationsquote um 22,1 % auf 16,2 % (Erwartungswert).
- Eine weitere Zielsetzung für 2009 war, dass der Bestand an Kunden mit einem Kundenkontakt von mehr als 24 Monaten nicht anwachsen soll. Mit diesem Ziel wurde angestrebt, ein stärkeres Augenmerk auf diejenigen Hilfebedürftigen zu legen, die bereits länger arbeitslos oder in Maßnahmen sind bzw. ein höheres Risiko haben, längerfristig arbeitslos zu bleiben. Zu diesem Ziel wurde kein korrigierter Erwartungswert vereinbart.

Diese Erwartungen waren gleichzeitig mit dem Anspruch verbunden, die verfügbaren Haushaltsmittel für Eingliederungsleistungen wirkungsorientiert zur Erreichung der Ziele einzusetzen. Mit einem Budget in Höhe von 5,52 Mrd. EUR (einschl. Mitteln aus dem Konjunkturpakt II) standen den ARGE n und Agenturen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung nach Abzug der Umschichtungen ins Verwaltungskostenbudget (308,5 Mio. EUR) rund 422,9 Mio. EUR (+ 8,8 %) mehr Mittel für Eingliederungsleistungen zur Verfügung als 2008 ausgegeben wurden.

Zielerreichung im SGB II¹

Zielerwartungen des BMAS wurden gänzlich erfüllt

Die mit dem BMAS vereinbarten Ziele 2009 konnten auf Basis der Erwartungswerte vollständig erreicht werden. Allerdings haben sich die Ergebnisse bei den Zielindikatoren Summe passive Leistungen und Integrationsquote gegenüber dem Vorjahr konjunkturell bedingt verschlechtert.

Die kumulierten Ausgaben für die Summe passiver Leistungen lagen 2009 bei 13,43 Mrd. EUR. Damit blieben die Ausgaben noch um 328 Mio. EUR unter der bundesweiten Zielerwartung. Allerdings wurden im Vergleich zum Vorjahr 193,9 Mio. EUR bzw. 1,5 % mehr an passiven Leistungen verausgabt. Die Mehrausgaben sind insbesondere auf zwei Entwicklungen zurückzuführen:

- a) gesetzliche Regelsatzerhöhungen zum 01. Juli 2009 (inklusive der Regelsatzerhöhung für Kinder von 6 bis 13 Jahren)
- b) Anstieg der Empfänger des befristeten Zuschlages nach § 24 SGB II sowie Anstieg der Zuschlagshöhe.

Integrationen in Erwerbstätigkeit deutlich unter Vorjahresniveau

Die bundesweite Erwartung, die Integrationsquote nicht unter 16,2 % sinken zu lassen, konnte dennoch erfüllt werden. Die Integrationsquote betrug 17,4 %. Gegenüber dem Vorjahr (20,9 %) ist die Integrationsquote allerdings um 17,1 % gesunken. Diese Entwicklung korrespondiert mit der schlechteren Arbeitsmarktentwicklung, die sich im Rückgang der offenen ungeforderten Stellen (- 24 %), insbesondere auch im Rückgang der offenen Stellen bei den Personaldienstleistern widerspiegelt.

¹ Das endgültige Jahresergebnis 2009 steht erst ab Mitte Februar 2010 zur Verfügung.

Auch das Ziel zur Vermeidung des Langzeitbezugs wurde erreicht. 2009 waren bei den ARGE n und Agenturen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung im Jahresdurchschnitt 949.561 Kunden mit einem Kundenkontakt von mehr als 24 Monaten registriert. Das sind rund 72.500 bzw. 7,1 % weniger als im Vorjahr. Hier hat sich die günstige Arbeitsmarktsituation der Jahre 2007/2008 durch geringere Zugänge in die Personengruppe der Langzeitarbeitslosen noch positiv auf die Bestandsentwicklung ausgewirkt.

Die aktive Arbeitsförderung soll dazu beitragen, die Ziele des SGB II zu erreichen. Mit insgesamt 5,09 Mrd. EUR wurden 2009 für Eingliederungsleistungen rund 6,1 % (bzw. +293,6 Mio. EUR) mehr ausgegeben als im Vorjahr. Die ARGE n und Agenturen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung haben dabei weitgehend auf Kontinuität in der Förderung gesetzt. Allerdings hat die Verbesserung der Integrationschancen durch berufliche Qualifizierungen 2009 an Bedeutung gewonnen: Die Anzahl der Eintritte in eine berufliche Weiterbildungsmaßnahme betrug 214.500, was einem Zuwachs von 18.900 (bzw. +9,7 %) gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Mit Blick auf die von den Prüfinstanzen festgestellten Defizite wurden im Bereich der Qualitätssicherung und -optimierung die Aktivitäten für den Aufbau eines strukturierten Qualitätsmanagements fortgesetzt, um die Prozesse und Arbeitsqualität in den ARGE n und Agenturen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung weiter zu verbessern.

Einhaltung der operativen Mindeststandards deutlich verbessert

Zur Sicherstellung der rechtmäßigen Leistungserbringung und der Mittelverwendung hatte die BA bereits 2007 ein Verfahren zur Einhaltung von operativen Mindeststandards implementiert, deren Einhaltung seit 2008 bundesweit transparent dargestellt wird. Da die frühzeitige Aktivierung einen hohen Stellenwert für die Überwindung der Hilfebedürftigkeit hat, wurde der Fokus der Steuerungsaktivitäten 2009 verstärkt auf die Optimierung der Geschäftsprozesse in den ARGE n und Agenturen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung gerichtet. Bei der Etablierung reibungsloser, effizienter Neukundenprozesse konnten 2009 gute Fortschritte erzielt werden, was sich durch eine kontinuierliche Verbesserung der Einhaltung der operativen Mindeststandards zeigt.

BERICHT DES VERWALTUNGSRATES

Das Geschäftsjahr 2009 der BA stand ganz im Zeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Den enormen gemeinsamen Anstrengungen von Unternehmen, Betriebsräten und Beschäftigten zusammen mit der Bundesregierung und nicht zuletzt der BA ist es zu verdanken, dass sich der deutsche Arbeitsmarkt im europäischen Vergleich als außerordentlich stabil erwiesen hat und 2009 unerwartet wenig Entlassungen zu verzeichnen waren. Die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten Erleichterungen beim Einsatz von Kurzarbeit (Konjunkturpaket II) und die unbürokratische Leistungsgewährung und Beratung durch die Arbeitsagenturen waren hierbei wichtige flankierende Maßnahmen. Der Verwaltungsrat hat die Änderungen an den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten zügig umgesetzt und darauf hingewirkt, dass insbesondere die klein- und mittelständischen Unternehmen über die Möglichkeiten von Kurzarbeit und Qualifizierung durch die Arbeitsagenturen frühzeitig und umfassend informiert wurden. Parallel zu diesen Maßnahmen vereinfachte die BA das Anzeigeverfahren beim Kurzarbeitergeld für Betriebe erheblich. Durch die vom Verwaltungsrat forcierte Möglichkeit eines Bezugs von Kurzarbeitergeld für Ausbildungsabsolventen konnte die Übernahme der Auszubildenden in die Betriebe erleichtert werden.

Der Verwaltungsrat hat sich dafür eingesetzt, dass auch in der Krise die gezielte Weiterbildung gering qualifizierter Arbeitsloser vorangebracht wurde. Angesichts der besonderen Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt bestand im Verwaltungsrat Übereinstimmung, dass für die Zeit der Krise bei der Erfolgsmessung auch Verzögerungen beim Wirkungseintritt in Kauf genommen werden müssen. Dies bedeutet aber nicht, bei der Förderung der beruflichen Weiterbildung grundsätzlich von der Maxime eines wirkungsorientierten und wirtschaftlichen Mitteleinsatzes abzuweichen. Gemeinsam mit dem Vorstand hat der Verwaltungsrat eine gezielte Initiative zur Flankierung des Strukturwandels auf den Weg gebracht, die im Jahr 2010 anläuft. Im Rahmen dieser Initiative stehen zusätzliche Haushaltsmittel bereit, um mehr Arbeitslose ohne Berufsabschluss zu einem qualifizierten Abschluss zu führen. Das vom Verwaltungsrat initiierte, 2006 gestartete Sonderprogramm zur Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter älterer Arbeitskräfte in Unternehmen (WeGebAU) wurde im Rahmen des Konjunkturpaketes II finanziell aufgestockt. Weit mehr Beschäftigte konnten so im ersten Krisenjahr bei betrieblicher Weiterbildung gefördert werden und damit auch ein Beitrag zum Ausbau betrieblicher Weiterbildung geleistet werden.

Im Bereich der Präventionsmaßnahmen zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit hat die BA auf Drängen des Verwaltungsrates die Zusammenarbeit mit den Bundesländern bei der (erweiterten) vertieften Berufsorientierung forciert. Obwohl es sich hierbei in erster Linie um eine originäre Aufgabe der Bundesländer handelt, hat der Verwaltungsrat entschieden, die Bundesländer in dieser Aufgabe zeitlich begrenzt zu unterstützen, um flächendeckend solche Maßnahmen auf den Weg zu bringen und deren Wirksamkeit im gesamtgesellschaftlichen Kontext zu belegen. Dies soll durch eine Evaluation der gemeinsam zwischen BA und den Bundesländern durchgeführten Modellprojekte erfolgen. Künftig wird der Verwaltungsrat noch stärker darauf hinwirken, dass bei neuen Maßnahmen eine Kofinanzierung von den Ländern durch Kapitaleinsatz und nicht durch Bereitstellung von Personalressourcen erfolgt. Der Verwaltungsrat hat von Anfang an unterstrichen, dass die Bundesländer ihrer bildungspolitischen Verantwortung für die Berufsorientierung in höherem Maße als bisher nachkommen müssen.

Um die Voraussetzungen für die weiterhin nötige, kontinuierliche Steigerung der Dienstleistungsqualität der BA zu verbessern, hat der Verwaltungsrat ein neues Beratungskonzept beschlossen. Dies soll zur Steigerung der Beratungsqualität führen. Das Beratungskonzept bietet eine gemeinsame Grundlage für die Beratungs- und Vermittlungsarbeit in den Teams U25/Berufsberatung, Arbeitsvermittlung und Reha/SB und ist auch im Bereich des SGB II einsetzbar. Für die Implementierung und Umsetzung des Beratungskonzeptes hat der Verwaltungsrat eine begleitende Evaluation in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse zur Festlegung der weiteren strategischen Vorgehensweise dienen sollen.

Der Verwaltungsrat beschloss nach einer intensiven Auseinandersetzung mit den Ergebnissen aus den Pilotprojekten die bundesweite Einführung des 4-Phasen-Modells. Künftig wird das Profiling nicht nur berufliche, sondern auch übergreifende Kompetenzen eines Arbeitssuchenden festhalten. Diese perspektivische Erweiterung im Vermittlungsvorgang stellt eine Überführung und Weiterentwicklung des Konzeptes „Kundengruppen“ im SGB III und des Konzeptes „Betreuungsstufen“ im SGB II in einen gemeinsamen, d. h. rechtskreisübergreifenden Ansatz dar. Gleichzeitig ermöglicht das neue System eine dezentrale Weiterentwicklung regionaler Vermittlungsstrategien. Der Verwaltungsrat erwartet, dass durch das 4-Phasen-Modell die Vermittlungsleistung weiter gesteigert wird. Wie das Modell in den Steuerungsprozess der BA künftig integriert werden soll, ist derzeit noch offen. Der Verwaltungsrat erwartet hierzu vom Vorstand zeitnah ein geeignetes Konzept.

Für das kommende Jahr gilt es, den im Jahr 2009 erzielten Erfolg beim Erhalt der Arbeitsplätze im gemeinsamen Zusammenspiel von Unternehmen, Arbeitnehmern, der Politik und der BA weiterzuführen und den weiterhin spürbaren Auswirkungen der Wirtschaftskrise soweit wie möglich zu begegnen. Zudem gilt es, auch in einem schwierigen Arbeitsumfeld bestehende Jobperspektiven konsequent zu erschließen und zu nutzen.

WEITERENTWICKLUNG DER BA

Weiterentwicklung der Geschäftsprozesse

Das 4-Phasen-Modell der Integrationsarbeit

*Für alle Kunden:
Ein Referenzprozess
für die Integrationsarbeit*

Mit dem 4-Phasen-Modell der Integrationsarbeit entwickelt die BA die bisherigen Integrationskonzepte des SGB II (Betreuungsstufenkonzept/Integrationsstrategien) und des SGB III (Handlungsprogramme) fort und schafft eine einheitliche Plattform für die arbeitnehmerorientierte Integrationsarbeit in den Agenturen für Arbeit und den Grundsicherungsstellen. Die vier Phasen „Profiling durchführen“, „Ziel festlegen“, „Strategie- bzw. Strategiebündel auswählen“ und „Umsetzen und Nachhalten“ orientieren sich an den Kernelementen der Vermittlungs- bzw. Beratungsarbeit und bieten dabei folgende Verbesserungen: Etablierung eines einheitlichen Prozesses und identischer Begrifflichkeiten für alle Aufgabenbereiche, Weiterentwicklung des Profiling durch Fokussierung auf den Bereich der Stärkenanalyse und Ergänzung bislang fehlender Aspekte, verbesserte IT-Unterstützung bei der Erstellung von Integrationsfahrplänen, Beratungsvermerken und Eingliederungsvereinbarungen sowie Bereitstellung von Referenzstrategien, die lokal ergänzt und erweitert werden können. Seit August 2009 wird das Modell im Rechtskreis SGB II angewendet. Im Dezember 2009 ging das 4-Phasen-Modell auch im Rechtskreis SGB III und explizit in den Bereichen Ausbildungsvermittlung und berufliche Rehabilitation an den Start. Damit liegt nunmehr ein flächendeckender und rechtskreisübergreifender Referenzrahmen für die Integrationsarbeit vor, der eine durchgängige Aktivierung und nahtlose Fortsetzung der Integrationsbemühungen für Kunden an der Schwelle zum Rechtskreis SGB II gewährleistet. Mit der Einführung des 4-Phasen-Modells wird der Weg der Professionalisierung der Integrationsarbeit für Kunden in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt konsequent weiterverfolgt und die Dienstleistung für Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkunden weiter verbessert.

Weiterentwicklung des Arbeitgeber-Service durch Professionalisierung der Vertriebsorientierung

Die Einführung des rechtskreisübergreifenden Leitkonzeptes für den gemeinsamen Arbeitgeber-Service (AG-S), welches die ganzheitliche Betrachtung der Arbeitgeberorientierung sowie die umfassende Berücksichtigung der Belange und Bedürfnisse beider Rechtskreise beinhaltet, wurde zum 31. März 2009 abgeschlossen. 80 %, somit 279 ARGEn haben sich für den gemeinsamen AG-S mit den Agenturen für Arbeit und damit für die Intensivierung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit und der gemeinsamen Ergebnisverantwortung entschieden. Gleichzeitig wurden die „Geschäftsprozesse Arbeitgeber“ überarbeitet und die Standards der Arbeitgeberbetreuung an die aktuellen Bedarfe und Forderungen der Arbeitgeber nach einer professionellen, vertriebsorientierten Dienstleistungserbringung angepasst.

Ein Schwerpunkt während der angespannten Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage in der Tätigkeit des (gemeinsamen) AG-S war es, Arbeitgeber offensiv zu den Möglichkeiten der Beschäftigungssicherung zu beraten. Durch den Einsatz von Förderinstrumenten, beispielsweise Gewährung von Kurzarbeitergeld bzw.

Qualifizierung von Mitarbeitern, konnte konjunkturell bedingter Beschäftigungsabbau und damit Arbeitslosigkeit in erheblichem Umfang vermieden werden.

Um die Position der BA als zuverlässigen Partner am Arbeitsmarkt weiter zu festigen, wurde der Fokus auf die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in vertriebsorientiertem Handeln gelegt. Die Basisschulungen zum Thema Kundenbindung wurden im September 2009 abgeschlossen. Bis Ende 2010 schlossen sich Verstärkungsmodulen zum Kundenausbau sowie Vertiefungsmodulen an. Praxisnahe Simulationen dienen dazu, die Kundenzufriedenheit weiter auszubauen. Im Rahmen des Projektes „Qualifizierung von Mitarbeitern in Unternehmen“, welches ab Dezember 2009 in zwei Agenturen für Arbeit pilotiert wird, wird die Beratung von klein- und mittelständischen Unternehmen zur systematischen und vorausschauenden Weiterbildungsplanung der Beschäftigten intensiviert. Ziel ist es, die Arbeitgeber für die Themen Sicherung des Fachkräftebedarfes und Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit durch betriebliche Qualifizierung der Beschäftigten noch stärker zu sensibilisieren und dazu gezielt zu beraten.

Im Fokus der Weiterentwicklung des AG-S stehen: Die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Vertriebsorientierung sowie die Erweiterung des Beratungsangebotes der BA um die Qualifizierungsberatung

Die neue JOBBÖRSE – Jetzt einfach für alle

Die BA setzt im Rahmen ihrer eGovernment-Strategie auf die intensive Nutzung elektronischer Zugangskanäle. Mit der Neugestaltung der JOBBÖRSE wurde dieses Ziel konsequent verfolgt und eine moderne eGovernment-Anwendung geschaffen, die sich an den Bedürfnissen der unterschiedlichen Benutzergruppen orientiert und sowohl einfach als auch intuitiv zu bedienen ist. Wichtige und häufig genutzte Geschäftsprozesse werden dabei von der Meldung durch den Kunden, über die Weiterverarbeitung in der Agentur für Arbeit bis hin zur Erfüllung des Kundenanliegens vollständig elektronisch abgebildet. Gerade in Zeiten der Krise benötigen die Kunden der BA einen einfachen und schnellen Zugang zur Arbeitsagentur. Die JOBBÖRSE bietet durchgängige und transparente Online-Prozesse zwischen Arbeit- und Ausbildungsuchenden, Arbeitgebern und Mitarbeitern.

Die neue JOBBÖRSE ist mehr als eine Jobsuchmaschine: Sie ist der Online-Kanal zu unseren Kunden und eröffnet neue Wege der Zusammenarbeit

Darüber hinaus wurde auch das Selbstbedienungsangebot der JOBBÖRSE für Arbeitgeber und Arbeitsuchende überarbeitet und um neue Funktionen erweitert.

Mit der neuen JOBBÖRSE kann die BA eines ihrer wichtigsten Ziele noch effektiver umsetzen, nämlich Angebot und Nachfrage möglichst schnell zusammenzuführen. Die Zahlen sprechen für sich. Zurzeit stehen ca. 586.000 veröffentlichte Stellen zur Verfügung. Gleichzeitig sind 3,8 Mio. Bewerberprofile veröffentlicht. Die JOBBÖRSE zählt täglich durchschnittlich 665.000 Besucher und 10 Mio. Seitenaufrufe. Sie ist damit eine der größten eGovernment-Anwendungen.

Die BA stellt im Vergleich zu anderen, selbst beschreibbaren Plattformen in weit höherem Maße sicher, dass über die JOBBÖRSE nur die Daten, die der Kunde auch zugänglich machen möchte, verfügbar sind. Datenschutzrechtlich sensible Daten stehen in der JOBBÖRSE generell nicht zur Verfügung. Die veröffentlichten Daten werden auf Aktualität geprüft.

Entwicklungen im Bereich der Familienkasse

Die Maßnahmen zur Konsolidierung der Familienkasse wurden auch im Jahr 2009 fortgesetzt. Besonderes Augenmerk galt dabei der Erreichung eines guten Bearbeitungsstandes sowie der Stärkung der fachlichen Kompetenzen. Zur Weiterentwicklung der bestehenden Organisation fanden vorbereitend konzeptionelle Überlegungen und Untersuchungen zu mehreren Bereichen statt. Gegenstand waren dabei insbesondere eine Zusammenlegung von Rechtsbehelfsstellen wie auch eine getrennte Aufgabenausführung der Leistungen Kindergeld und Kinderzuschlag.

Die zum 1. Januar 2009 erfolgte Erhöhung des Kindergeldes konnte reibungslos und zeitgerecht umgesetzt werden. Den Familien kamen somit die vom Gesetzgeber vorgesehenen Leistungsverbesserungen unverzüglich zugute. Gleiches gilt auch für die ab April 2009 erfolgte Auszahlung des von der Bundesregierung im Rahmen des Konjunkturpaketes II beschlossenen einmaligen Kinderbonus.

Bereits im Jahr 2008 war die Zahl der Bezieher von Kinderzuschlag aufgrund einer günstigeren Rechtslage angestiegen. Ab Januar 2009 verstärkte sich dieser Anstieg wegen Leistungsverbesserungen beim Wohngeld. Trotz der vergleichsweise aufwändigen Bearbeitung konnte das zusätzliche Antragsaufkommen weitgehend zeitnah erledigt werden. Die mit dem Bürgerentlastungsgesetz eingeführte Änderung des § 6a Bundeskindergeldgesetz zur Zahlung einer zusätzlichen Leistung für die Schule in Höhe von einmalig 100 EUR je Kalenderjahr an die Bezieher von Kinderzuschlag mit schulpflichtigen Kindern wurde ab August 2009 zügig umgesetzt.

Kindergeld Online

Die Anwendung Kindergeld Online ist Teil der eGovernment-Strategie der BA und wird in drei Projektstufen realisiert. Ziel ist es, Kindergeldberechtigten zu ermöglichen, die Antragsformulare online auszufüllen und an die Familienkasse zu senden. Daneben werden Statusinformationen zu dem jeweiligen Kindergeldfall angeboten. Seit August 2009 ist die erste Projektstufe abgeschlossen und die Basisversion der Anwendung online verfügbar. Gleichzeitig begannen die Arbeiten an der zweiten Projektstufe.

Kindergeld und Kinderzuschlag

Die Familienkassen der BA hatten Ende Dezember 2009 rund 8,87 Mio. Berechtigte (2008: 8,95 Mio.) mit 14,60 Mio. Kindern (2008: 14,77 Mio.) zu betreuen und zahlten im Jahr 2009 rund 31,74 Mrd. EUR Kindergeld (2008: 28,74 Mrd. EUR) und rund 369 Mio. EUR Kinderzuschlag (2008: 146 Mio. EUR) jährlich aus.

Kundenreaktionsmanagement

Zahl der Kundenanliegen leicht gestiegen

Im Jahr 2009 gingen im Kundenreaktionsmanagement der BA insgesamt rund 117.000 Anliegen ein. Somit ist die Zahl der Anliegen im Vergleich zum Vorjahr (111.000) leicht gestiegen. Dies zeigt, dass die Bemühungen der BA um Kundenrückmeldungen weiterhin erfolgreich sind. Rund 75 % der Anliegen waren

Beschwerden und 20 % lobende Äußerungen. Etwa 30 % der Beschwerden waren berechtigt. Dies entspricht der Quote des Vorjahres.

Die Kundenanliegen streuten wiederum breit über das gesamte Dienstleistungsangebot der BA.

Wie im Vorjahr standen entsprechend dem Aufgabenspektrum der BA im Mittelpunkt

im Rechtskreis SGB III

- das Arbeitslosengeld (insbesondere Dauer der Bearbeitung, Beratung und Sperrzeiten),
- die Dauer der Bearbeitung der Anträge auf Förderung aus dem Vermittlungsbudget und die Ablehnung der FbW-Anträge,
- das Kundenportal (insbesondere die telefonische Erreichbarkeit der Servicecenter bzw. die Wartezeit in der Leitung und die Qualität der Auskünfte),
- die Arbeitsvermittlung und die Angebote von Fördermaßnahmen und
- das Mitarbeiterverhalten (insbesondere die Kommunikation, Engagement und fachliche Kompetenz);

*Inhalte der
Kundenanliegen*

im Rechtskreis SGB II

- die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (insbesondere die Dauer der Bearbeitung, die Höhe der Leistung, die Auszahlung und das zu berücksichtigende Einkommen),
- die Arbeitsvermittlung (insbesondere das Vermittlungsverfahren),
- die Angebote von Fördermaßnahmen sowie
- die Dauer von Widerspruchsverfahren und das Mitarbeiterverhalten (insbesondere die Kommunikation, fachliche Kompetenz und das Engagement);

im Bereich der Familienkasse

- die Dauer der Bearbeitung der Anträge auf Kindergeld und Kinderzuschlag sowie
- die Qualität der Auskünfte.

Interne Revision

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des prozessunabhängigen Überwachungssystems in der BA. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand und den Verwaltungsrat. Die Interne Revision prüft regelmäßig alle Teilbereiche der BA auf der Grundlage international anerkannter Revisionsstandards. Sie erfüllt die gesetzlichen Prüfaufträge nach den Sozialgesetzbüchern (SGB) – Zweites Buch (II) und Drittes Buch (III). Neben den gesetzlichen Prüfaufträgen ist die Interne Revision für Korruptionsprävention und –bekämpfung zuständig.

Die Prüfungsplanung erfolgt auf Basis eines seit mehreren Jahren etablierten und weiterentwickelten Verfahrens. Für jedes Prüfungsobjekt wird jährlich ein spezifisches Risiko ermittelt. Die Risikoeinschätzungen werden auf der Grundlage durchgeführter Prüfungen bzw. aufgrund aktueller Veränderungen im Geschäftsfeld

vorgenommen. Hieraus ergibt sich der Prüfungsplan für das nächste Kalenderjahr, der von den Aufsichtsgremien genehmigt wird. Als regelmäßige Prüfungen werden Systemuntersuchungen und Ordnungsmäßigkeitsprüfungen vorgenommen. Darüber hinaus führt die Interne Revision anlassbezogen Sonderuntersuchungen durch und ist bei der Einführung und Umsetzung von bedeutenden Projekten begleitend prüferisch tätig. Das Prüfungsmodell wird laufend den aktuellen Veränderungen in der BA und der Rechtslage angepasst. So werden z. B. Veränderungen im internen Kontrollsystem oder Organisationsveränderungen in der Prüfungsdurchführung ebenso berücksichtigt wie Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen. Im Bereich Korruptionsprävention und –bekämpfung ist neben der Implementierung eines Gefährdungsatlasses zur Bestimmung von besonders korruptionsgefährdeten Prozessen den Beschäftigten u. a. ein Internes-Kontrollsystem-Rahmenkonzept als Hilfestellung zur Minimierung von Risiken des eigenen Arbeitsplatzes zur Verfügung gestellt worden.

creativ ideenmanagement

Vorschlagwesen wird weiterentwickelt

Das betriebliche Vorschlagwesen der BA wird derzeit zum kreativ ideenmanagement weiterentwickelt. Während das herkömmliche betriebliche Vorschlagwesen von einer passiven Ausrichtung mit streng geregelten bürokratischen Abläufen geprägt ist, fördert das kreativ ideenmanagement die Kreativität aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem gesteuerten Prozess. Verfolgt werden mit der Weiterentwicklung insbesondere folgende Ziele:

- Nutzung des Kreativitätspotenzials aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rechtskreise SGB III und SGB II unter Einbindung der Führungskräfte,
- Steigerung der Umsetzungsquote sowie
- Leistung eines spürbaren Beitrags zur geschäftspolitischen Zielerreichung durch Steigerung der Effektivität und Effizienz der Dienstleistungen.

Deutliche Steigerung der Einsparungen

Erste Erfolge der Weiterentwicklung sind zu verzeichnen. So hat sich der Anteil der umgesetzten kreativ-Vorschläge von 6 % (im Jahr 2008) auf derzeit 10 % erhöht. Das bedeutet im Ergebnis eine Steigerung der haushaltswirksamen Einsparungen von 4,7 Mio. EUR im Gesamtjahr 2008 auf 5,0 Mio. EUR für die Zeit von Januar bis September 2009. Für das Gesamtjahr 2009 dürfte das Einsparpotenzial bei über 6 Mio. EUR liegen.

PERSONAL/ORGANISATIONSENTWICKLUNG

Personalpolitik der BA

Die personalpolitischen Konzepte zur Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels wurden in allen Handlungsfeldern weiter vorangebracht. Die Förderung von Beschäftigten mit Migrationshintergrund sowie die Sensibilisierung von Führungskräften und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegenüber Vielfalt, interkultureller Kompetenz sowie Wertschätzung der Potenziale einer älter werdenden Belegschaft tragen den Selbstverpflichtungen der BA im Nationalen Integrationsplan sowie der Charta der Vielfalt Rechnung. Zur verbesserten Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben – und damit der Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – wurden u. a. erweiterte Möglichkeiten zur alternierenden Telearbeit sowie die Unterstützung bei der Organisation von Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen eingeführt. Das betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) wurde im Rahmen des dezentralen Ansatzes weiterentwickelt, unter anderem wird in einer vertieften Kooperation mit der Unfallkasse des Bundes derzeit ein „Leuchtturmprojekt“ zum BGM in einem Service Center durchgeführt. Die Vernetzung der Dienststellen, das von- und miteinander Lernen und der Austausch guter Beispiele bei der Umsetzung der Personalpolitik der BA wird aktiv mit den neuen Intranet-Plattformen „Diversity in der Praxis“ und „Betriebliches Gesundheitsmanagement“ unterstützt. Auch das Führungskräfte-Feedback, das in diesem Jahr zum zweiten Mal bundesweit durchgeführt wird, dient der kontinuierlichen Verbesserung der Qualität von Führung und Zusammenarbeit in der BA.

*Demografischer Wandel
und Vielfalt*

*Vereinbarkeit Beruf
und Privatleben*

*Betriebliches
Gesundheitsmanagement*

Austausch und Dialog

Leistungs- und Entwicklungsdialog

2009 wurde der Leistungs- und Entwicklungsdialog als Personalentwicklungs- und Beurteilungssystem auf alle Beschäftigten ausgedehnt. In einem strukturierten Mitarbeitergespräch über Erwartungen, Leistungen und Kompetenzen werden Potenziale identifiziert und Entwicklungsmöglichkeiten abgestimmt. Auf Basis der Ergebnisse können Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezielt gefördert und motiviert werden.

*Führungskräfte führen
Leistungs- und
Entwicklungsdialog mit
allen Mitarbeiterinnen
und Mitarbeitern*

Hochschulausbildung in der BA

Zum 01. September 2009 haben rund 400 Studierende an der Hochschule der BA (HdBA), einer staatlich anerkannten Fachhochschule für Arbeitsmarktmanagement, ihre akademische Ausbildung aufgenommen. In nach europäischen Hochschulstandards konzipierten Bachelor-Studiengängen erwerben mittlerweile 909 Studierende die wissenschaftlichen Grundlagen für eine professionelle Tätigkeit in der BA. Damit sind die Studienplatzkapazitäten der HdBA voll ausgelastet. Zum Studienauftakt hatten die jungen Studienanfänger erstmals die Möglichkeit, sich in einem sehr anspruchsvollen einwöchigen Planspiel in einer realitätsnahen Form den komplexen Studienanforderungen anzunähern.

*Akademische Ausbildung
wird gestärkt*

Qualifizierung von Führungskräften

Führungsfähigkeit der Teamleiterinnen und Teamleiter sowie die der Bereichsleiterinnen und Bereichsleiter wird gestärkt

Ergänzend zur generellen Führungskräfte-Entwicklung der BA wurden im Rahmen des Programms zur Stärkung der Führungsfähigkeit der Teamleiterinnen und Teamleiter in 2009 rund 1.600 Mitarbeiter qualifiziert. Damit wurde ein maßgeblicher Beitrag geleistet, die Reform der BA noch wirkungsvoller im Denken und Handeln zu verankern und die operative Leistungsfähigkeit weiter zu stärken. Das erfolgreiche Konzept wird nun auch auf die Ebene der Bereichsleiterinnen und Bereichsleiter ausgedehnt. Nach Pilotierung in 2009 beginnt im März 2010 die Flächeneinführung.

Einführung von Langzeitkonten

Höhere Flexibilität bei Arbeitszeit

Durch den Abschluss einer Dienstvereinbarung vom 24. November 2009 (herausgegeben mit HEGA 12/09 – Nr. 18) mit dem Hauptpersonalrat wird in der BA die Führung von Langzeitkonten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ermöglicht. Diese erfolgt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf freiwilliger Basis und unabhängig vom Kurzzeitkonto. Die Laufzeit von Langzeitkonten ist auf mehrere Jahre angelegt und ermöglicht ein „Ansparen“ und „Abheben“ von Arbeitszeit und damit eine an die Lebensphasen angepasste, weitgehende flexible Arbeitszeitgestaltung.

Leistungstarifvertrag für Führungskräfte

Ergebnisorientierte Leistungsvergütung

Im Rahmen des Leistungstarifvertrages für Führungskräfte wurde vereinbart, dass Führungskräfte ab 2010 aufgrund der individuellen Zielerreichungsverantwortung mit Blick auf die geschäftspolitischen Ziele der BA eine zusätzliche Leistungsvergütung erhalten können. Hierzu wird eine ergebnisorientierte, jährliche Leistungsprämie gezahlt, die den individuellen Beitrag der jeweiligen Führungskraft zur Erreichung von vereinbarten Zielen im Rahmen des jährlichen Leistungs- und Entwicklungsdialoogs (LEDi-FK) widerspiegelt.

Dienstleistungsqualität im Internen Service (IS) Personal

Der IS Personal nimmt in der BA eine wichtige Stellung zur Erbringung von internen Service-Leistungen ein. Qualität und Effektivität der Dienstleistungen werden kontinuierlich anhand der Wirkung auf die internen Kunden gemessen. Im Ergebnis wurde 2009 ein Handbuch mit Standards zu Information, Kommunikation und Serviceorientierung im IS Personal veröffentlicht. Auch die Optimierung der Geschäftsprozesse und Verbesserungspotenziale aus den Arbeitsgebieten Personalhaushalt, Personalberatung und Qualifizierung wurden als Schwerpunkte aufgegriffen.

Personalkonzepte für die Grundsicherung und die Arbeitslosenversicherung

Im Jahr 2009 konnte mit einer Übernahme befristet Beschäftigter in Dauerarbeitsverhältnisse in beiden Rechtskreisen eine deutliche Stabilisierung erreicht werden. Im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende wurden insgesamt 5.800 zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten für Dauerkräfte geschaffen, davon allein 1.900 für Vermittlerinnen und Vermittler. Darüber hinaus konnten weitere Beschäftigungsmöglichkeiten für befristete Kräfte zur Verfügung gestellt werden, um dem gestiegenen Kundenaufkommen gerecht zu werden. Für die Kernaufgaben im Bereich der Arbeitslosenversicherung wurden 3.980 zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten für Dauerkräfte eingerichtet, mit denen eine Verstetigung insbesondere der Arbeitsvermittlung erreicht werden konnte. Darüber hinaus erfolgte eine vorübergehende Verstärkung durch befristete Kräfte zur Bewältigung der Folgen der Wirtschaftskrise.

FINANZEN

Arbeitslosenversicherung im Zeichen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise mit hohen Pflichtausgaben

*Haushaltsdefizit 2009 auf
13,8 Mrd. EUR gestiegen*

Im zurückliegenden Jahr 2009 hat die BA Einnahmen von 34,25 Mrd. EUR erzielt und Ausgaben von 48,06 Mrd. EUR geleistet. Hieraus ergibt sich ein Finanzierungsfehlbetrag von 13,80 Mrd. EUR. Zum Ausgleich des Defizits wurden Mittel aus der Rücklage der BA entnommen. Die BA verfügte zu Beginn des Jahres über beträchtliche Rücklagemittel im Gesamtvolumen von 16,74 Mrd. EUR. Diese konnten vor allem in den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs 2006 und 2007 angesammelt werden.

*Beitragssatz auf
2,8 % gesenkt*

Die Haushaltsplanung 2009 beruhte in den wesentlichen Positionen Beitragseinnahmen und Arbeitslosengeldausgaben auf den Annahmen der Bundesregierung zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom Oktober 2008. Außerdem wurde der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2009 für zwei Jahre weiter auf 2,8 % abgesenkt (ab 2011 3,0 %).

*Nachtragshaushalt 2009:
4,93 Mrd. EUR mehr Mittel
gegen die Wirtschaftskrise*

Aufgrund der schweren weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise erwiesen sich die Annahmen jedoch schon bald als überholt. Der Verwaltungsrat der BA stellte am 13. Februar 2009 auf der Grundlage des Jahreswirtschaftsberichtes (JWB) vom Januar 2009 zur Umsetzung der in den Bereich der BA fallenden Teile des Konjunkturpaketes II einen Nachtrag zum Haushaltsplan 2009 fest. Der Nachtrag beinhaltete ein rückläufiges Volumen bei den Beitragseinnahmen sowie eine Aufstockung verschiedener Ausgabepositionen um insgesamt 4,93 Mrd. EUR, vor allem im Eingliederungstitel um 810 Mio. EUR und beim Arbeitslosengeld um 1,80 Mrd. EUR. Mit dem Nachtrag wurden die finanziellen Voraussetzungen für eine Umsetzung des Konjunkturpaketes II geschaffen. Ein Kernpunkt darin waren Regelungen, die Kurzarbeit durch erleichterte Fördervoraussetzungen für Arbeitgeber wesentlich attraktiver zu gestalten. Außerdem konnten nun die halben, bei betrieblicher Qualifizierung sogar die vollen Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer während der Kurzarbeit übernommen werden.

*April-Eckwerte 2009:
massiver Rückgang der
Wirtschaftsleistung erwartet*

Schon wenige Wochen nach der Aufstellung des Nachtragshaushaltes musste die Konjunktorentwicklung von der Bundesregierung allerdings sehr viel negativer beurteilt werden. In den Eckwerteinschätzungen vom April 2009 ging sie von einem drastischen Abbau der Wirtschaftsleistung in Deutschland um 6,0 % gegenüber dem Vorjahr aus, erwartete jedoch, dass dieser sich 2009 noch nicht mit voller Intensität auf den Arbeitsmarkt niederschlagen, sondern zu einem Anstieg der jahresdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit auf 3,72 Mio. (JWB: 3,52 Mio.) führen würde.

*5,78 Mrd. EUR
überplanmäßig bewilligt*

Parallel dazu zeigte die Entwicklung der laufenden Ausgaben im BA-Haushalt immer deutlicher, dass die im Nachtragshaushalt eingeplanten Mittel für die Leistungen bei Kurzarbeit, Insolvenzgeld und Arbeitslosengeld nicht reichen würden. Vor diesem Hintergrund bewilligte der Verwaltungsrat der BA im Juli 2009 überplanmäßig weitere rund 5,38 Mrd. EUR. Damit erhöhte sich das eingeplante Haushaltsdefizit 2009 im Soll auf 16,31 Mrd. EUR. Danach stiegen die Ausgaben beim Insolvenzgeld jedoch infolge verschiedener Großinsolvenzen weiter überproportional an. Eine besondere Ausgabenspitze ergab sich im September aufgrund der Insolvenz des Arcandor-Konzerns. Die überplanmä-

Bigen Ausgaben beim Insolvenzgeld wurden deshalb im November nochmals um 400 Mio. EUR aufgestockt, mit den entsprechenden Folgen für das zu erwartende Defizit.

In der schwierigen Situation des Jahres 2009 kam der Arbeitslosenversicherung die intensive Nutzung des Instruments der Kurzarbeit zugute. Sie hat den Anstieg der Arbeitslosenzahlen beträchtlich gebremst. Im Jahresdurchschnitt 2009 waren 3,42 Mio. Menschen als arbeitslos registriert. Die Zunahme um 4,8 % gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2008 (3,27 Mio.) betraf überwiegend den Bereich der Arbeitslosenversicherung (Jahresdurchschnitt 1,19 Mio., + 18,1 % gegenüber Vorjahr), während der Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende, gemessen am Bestand von Arbeitslosen, vergleichsweise weniger von der Wirtschaftskrise beeinflusst war (Jahresdurchschnitt 2,23 Mio.). Die Arbeitslosigkeit dort blieb mit -1,2 % leicht unter dem Niveau des Vorjahres.

*Kurzarbeit verhinderte
stärkere Zunahme der
Arbeitslosigkeit*

Die wesentlichen Ergebnisse des Jahresabschlusses im Haushalt der BA 2009 sind:

- Die Jahreseinnahmen liegen mit 34,25 Mrd. EUR um rund 453 Mio. EUR (1,3 %) unter den Erwartungen.
- Aus Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung hat die BA Einnahmen von 22,05 Mrd. EUR erzielt. Das sind 401 Mio. EUR weniger als ursprünglich erwartet wurden. Als Folge des auf 2,8 % abgesenkten Beitragssatzes und der schwierigen konjunkturellen Lage stand das Beitragsaufkommen im Jahresverlauf immer mehr unter Druck. Die Zahl der Versicherungspflichtigen stagnierte zunächst nach fast drei Jahren stetigen Anstiegs und nahm dann seit dem Frühjahr 2009 tendenziell ab. Der jahresdurchschnittliche Bestand an Versicherungspflichtigen in der Arbeitslosenversicherung bewegt sich zwar noch oberhalb der ursprünglich eingeplanten jahresdurchschnittlichen Zahl von 26,71 Mio., doch blieb der Pro-Kopf-Beitrag deutlich unter dem veranschlagten Jahressatz von 827,10 EUR.
- Die im Nachtragshaushalt 2009 eingeplanten Gesamtausgaben in Höhe von 45,64 Mrd. EUR waren für verschiedene Pflichtleistungen überplanmäßig um 5,78 Mrd. EUR auf 51,42 Mrd. EUR aufgestockt worden. Die überplanmäßigen Mittel wurden jedoch letztlich nur im Umfang von 3,94 Mrd. EUR benötigt. Außerdem begrenzten Minderausgaben im Verwaltungshaushalt, im Eingliederungstitel und bei verschiedenen weiteren Leistungen der aktiven Arbeitsförderung das Gesamtausgabevolumen auf das Ergebnis von 48,06 Mrd. EUR.
- Für Leistungen der aktiven Arbeitsförderung (Eingliederungstitel und weitere Leistungen) wurden 16,81 Mrd. EUR ausgegeben. Der Haushaltsplan sah ursprünglich 14,96 Mrd. EUR vor. Wesentlich höhere Kosten als veranschlagt verursachte in diesem Segment vor allem der extreme Anstieg der Kurzarbeit. Für Kurzarbeitergeld und die Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge an Arbeitgeber wurden mit 4,57 Mrd. EUR mehr als das Doppelte der ursprünglich veranschlagten Summe benötigt. Für die Förderung der ganzjährigen Beschäftigung (Saison-Kurzarbeitergeld einschließlich Erstattung der

Sozialversicherungsbeiträge sowie Wintergeld) wurden mit knapp 620 Mio. EUR ebenfalls wesentlich mehr Mittel benötigt und auch die Ausgaben für Transfermaßnahmen und Transferkurzarbeitergeld überstiegen die ursprünglichen Ansätze.

- Die im Eingliederungstitel enthaltenen Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung schlugen bei den Agenturen für Arbeit mit 3,63 Mrd. EUR zu Buche. Damit wurde das Vorjahresergebnis um 740 Mio. EUR übertroffen. Die verfügbaren Mittel des Eingliederungstitels blieben aber dennoch um fast 600 Mio. EUR ungenutzt. Besonders nach der Weiterbildungsförderung für Kurzarbeiter und Leiharbeitnehmer bestand sehr wenig Nachfrage. Hierauf entfällt mehr als die Hälfte der Minderausgaben. Von den eingeplanten Mitteln für die Weiterbildungsförderung bei Kurzarbeit von 150 Mio. EUR wurden lediglich 32 Mio. EUR umgesetzt; die Mittel für die berufliche Qualifizierung wieder eingestellter Leiharbeitnehmer (200 Mio. EUR) blieben nahezu völlig unangetastet (Ist < 0,1 Mio. EUR).
- Die Ausgaben für Arbeitslosengeld beliefen sich auf 17,28 Mrd. EUR, 3,43 Mrd. EUR mehr als 2008 und 117 Mio. EUR (0,7 %) mehr als im Nachtragshaushalt dafür eingeplant waren. Die relative Zunahme der Ausgaben gegenüber dem Vorjahr fiel mit +24,7 % höher aus als der Anstieg bei der Zahl der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB III (+ 18,1 %). Das liegt daran, dass auch der monatliche Durchschnittskopfsatz von 1.255 EUR/Monat im Jahresdurchschnitt 2008 deutlich auf 1.282 EUR/Monat zugenommen hat. Der Durchschnittskopfsatz enthält neben den Unterstützungsleistungen an Arbeitslosengeldempfänger auch die Sozialversicherungsbeiträge an die anderen Sozialversicherungssysteme. Die Insolvenzgeld-Ausgaben erreichten nach Jahren stetigen Rückgangs mit 1,62 Mrd. EUR nach 2002 und 2003 das dritthöchste Ergebnis in den letzten 35 Jahren.
- Für die Kosten des Beitragseinzugs, Verwaltung im Rechtskreis SGB III sowie im Rahmen der Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende stellte der Nachtragshaushalt 2009 zur administrativen Bewältigung des erwarteten Anstiegs der Arbeitslosigkeit 200 Mio. EUR zusätzlich bereit. Damit betrug das Budget 7,80 Mrd. EUR, einschließlich 250 Mio. EUR aus dem Eingliederungstitel für zusätzliche, befristet beschäftigte Kräfte insbesondere im Vermittlungsbereich. Die Jahresausgaben blieben mit 7,30 Mrd. EUR um 497 Mio. EUR (6,4 %) unter Soll.
- Statt des im Nachtragshaushalt erwarteten Defizits von 10,93 Mrd. EUR waren am Jahresende 13,80 Mrd. EUR der Ausgaben nicht durch Einnahmen gedeckt. Der Fehlbetrag konnte vollständig durch Entnahmen aus der Rücklage ausgeglichen werden. Für das Jahr 2010 verbleibt damit noch eine Rücklage von 2,94 Mrd. EUR. Sie wird zur Finanzierung der Fehlbeträge 2010 eingesetzt.

Am 16. Dezember 2009 wurde der Haushaltsplan für das Jahr 2010 genehmigt. Dieser umfasst ein Volumen von 54,08 Mrd. EUR. Den geplanten Ausgaben in dieser Höhe stehen Einnahmen von 36,14 Mrd. EUR gegenüber. Zur Deckung des Defizits von 17,95 Mrd. EUR wird vorrangig der verbliebene Rest der Rücklagen vollständig eingesetzt. Zum Ausgleich des darüber hinaus zu erwartenden Defizits (14,98 Mrd. EUR) leistet der Bund gem. § 364 SGB III sukzessive Liquiditätshilfen in Form von zinslosen Darlehen. Eine am Jahresende noch vorhandene Darlehensschuld bleibt grundsätzlich erhalten. Die Bundesregierung plant jedoch mit dem Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz u. a. eine Regelung, nach der eine Darlehensschuld am Ende des Jahres 2010 in einen Zuschuss gewandelt wird.

Haushalt 2010 in Kraft

Der Haushaltsplanung 2010 liegen die volkswirtschaftlichen Eckwertannahmen der Bundesregierung vom 15. Oktober 2009 zugrunde:

- Bruttoinlandsprodukt (real) + 1,2 %
- Bruttolohn- und Gehaltssumme je abhängig Beschäftigten + 0,7 %
- Abhängig Beschäftigte – 2,0 %
- Arbeitslose im Jahresdurchschnitt: 4,098 Mio.

Darüber hinaus wurde eine Projektion des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zur Entwicklung des Arbeitsmarktes und des Ausmaßes der Kurzarbeit im Jahr 2010 zugrunde gelegt.

Für die Bemessung der erwarteten Beitragseinnahmen (21,63 Mrd. EUR) wurde von jahresdurchschnittlich 26,17 Mio. Versicherungspflichtigen ausgegangen. Die Einnahmen aus der Insolvenzgeld-Umlage werden sich deutlich von 710 Mio. EUR im Jahr 2009 auf 2,8 Mrd. EUR erhöhen, da das von der BA verausgabte Insolvenzgeld über das Umlageverfahren in den BA-Haushalt zurückfließt. Über das höhere Umlagevolumen sind sowohl die höheren Kosten und Ausgaben für Insolvenzgeld des Jahres 2010 als auch die Ausgaben- und Kostenanteile zu finanzieren, die im Jahr 2009 nicht durch Umlageeinnahmen gedeckt waren. Eine Anpassung der Umlage ist jeweils jährlich nachträglich vorgesehen.

Weniger Beitragspflichtige

Der Planung der Ausgaben lagen folgende Leitlinien zugrunde:

- Kontinuität der Arbeitsmarktpolitik auf weiterhin hohem Niveau beim wirkungsorientierten und wirtschaftlichen Mitteleinsatz für die arbeitsmarktpolitischen Instrumente.
- Die BA leistet durch eine entsprechende Flankierung des Strukturwandels einen Beitrag zum Abbau des Fachkräftemangels.
- Die Programme zur beruflichen Qualifizierung in den Betrieben werden auf angepasstem Niveau weitergeführt.
- Konzentration des Ressourceneinsatzes auf das Kerngeschäft und Ausgestaltung der dritten Reformphase der BA (Innovation im Markt) unter Berücksichtigung der besonderen Bedingungen der Finanz- und Wirtschaftskrise.

*Arbeitsförderung
bleibt auf hohem Niveau*

16,42 Mrd. EUR aller für das Jahr 2010 eingeplanten Ausgaben entfallen auf Leistungen der aktiven Arbeitsförderung, darunter 4,01 Mrd. EUR auf die Ermessensleistungen im Eingliederungstitel. Im Vergleich des jeweiligen Haushaltssolls der Jahre 2010 und 2009 haben sich die Mittel des Eingliederungstitels leicht um 221 Mio. EUR verringert. Damit können die Agenturen für Arbeit aber dennoch im Eingliederungstitel über 377 Mio. EUR mehr Mittel verfügen, als sie im abgelaufenen Jahr ausgegeben haben. Das Budget des Eingliederungstitels enthält u. a. 350 Mio. EUR für die neue „Initiative zur Flankierung des Strukturwandels“. Diese tritt an die Stelle der Initiative zur Qualifizierung Geringqualifizierter in 2009 und greift deren Zielsetzung in modifizierter Form auf: Durch berufliche Weiterbildungsförderung soll der Erwerb anerkannter Berufsabschlüsse bzw. von Teilqualifikationen bei Geringqualifizierten ermöglicht werden.

Die geplanten Ausgaben für die sonstigen Leistungen der aktiven Arbeitsmarktförderung in Höhe von 12,42 Mrd. EUR gehen gegenüber dem Ist 2009 nominell um 764 Mio. EUR zurück; lässt man aber die mit 4,57 Mrd. EUR sehr hohen Ausgaben des Jahres 2009 für die Leistungen bei konjunktureller Kurzarbeit unberücksichtigt, stehen 755 Mio. EUR mehr Mittel für die übrige aktive Arbeitsförderung zur Verfügung als im Vorjahr ausgegeben wurden.

*Deutlich steigende
Arbeitslosengeld-Ausgaben*

Die steigende Arbeitslosigkeit wirkt sich unmittelbar auf den Bedarf für das Arbeitslosengeld aus. Für 2010 ist dafür mit einem finanziellen Aufwand von 22,32 Mrd. EUR (+5,03 Mrd. EUR gegenüber Ist 2009) zu rechnen. Für den Eingliederungsbeitrag, mit dem sich die BA zur Hälfte an den Aufwendungen des Bundes für Eingliederungsleistungen und Verwaltung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende beteiligt, werden 5,40 Mrd. EUR aufzuwenden sein. Bei den Unternehmensinsolvenzen geht der Haushalt von einer erneuten Spitzenbelastung wie im Vorjahr aus und erwartet keinen signifikanten Rückgang. Für das Insolvenzgeld sind 1,6 Mrd. EUR eingeplant.

Für Personal- und sonstige Verwaltungsausgaben (ohne Einzugskostenvergütungen) stehen einschließlich 250 Mrd. EUR Deckungsmittel aus dem Eingliederungstitel 7,66 Mrd. EUR (+12,1 % gegenüber Ist 2009) zur Verfügung. Der Verwaltungshaushalt 2010 ist geprägt durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise. Deren Bewältigung erfordert eine Konzentration der operativen Aufgabenerledigung auf das Wesentliche, ohne die erreichten Verbesserungen der Dienstleistungsqualität zu gefährden. Die im Jahr 2009 erreichte Stabilisierung des Personals im Aufgabenbereich Grundsicherung für Arbeitsuchende soll dafür weiter gesichert werden. Wegen des vorübergehenden Charakters der Auswirkungen der Wirtschaftskrise ist jedoch kein dauerhafter Aufwuchs des Personalkörpers vorgesehen.

*Vorübergehend höhere
Verwaltungsausgaben*

Das Jahr 2010 muss auch von der Umsetzung politischer Entscheidungen für eine neue Organisationsform im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende geprägt sein.

SGB II

Positive Ergebnisse der ersten Kundenbefragung SGB II

*BA lässt Kunden-
zufriedenheit untersuchen*

*Gesamtzufriedenheit: 2,8
(nach Schulnotensystem)*

*Abbildung ab 2010
im SGB II-Zielsystem*

Die BA lässt ihre Kunden regelmäßig nach wissenschaftlichen Methoden von einem externen Unternehmen zur Zufriedenheit mit den Dienstleistungen der BA befragen. Dabei werden über 40 Fragen aus den Bereichen Beratung und Vermittlung, Geldleistungen, zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie zu den Rahmenbedingungen der Beratung (Öffnungszeiten, Wartezeiten auf Termine u. ä.) gestellt. In der letzten Befragung beurteilten die Leistungsempfänger die Dienstleistungen im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende insgesamt mit „befriedigend“ (Gesamtzufriedenheit: 2,8 nach Schulnotensystem). Knapp 40 % der Befragten bewerteten die Servicequalität der ARGEn sogar mit den Noten 1 oder 2. Bei den Fragen zu den Geldleistungen hat die Beratung bei der Antragstellung die beste Einzelbewertung (2,5) erhalten. 65 % der Befragten vergaben hier die Noten 1 oder 2. Das Gesamturteil zur Zufriedenheit mit den Mitarbeitern lag bei 2,5. Rund 65 % der Befragten bewerteten das Vertrauen, das sie zu den Mitarbeitern haben, mit den Noten 1 oder 2. Um der Kundenzufriedenheit ein noch stärkeres Gewicht zu verleihen, wird sie ab 2010 in das Zielsystem des Bundes für die Grundsicherung für Arbeitsuchende aufgenommen, das zwischen dem BMAS und der BA vereinbart wurde.

Qualitätsmanagement in der Grundsicherung

*Das Ziel: qualitativ gute
Dienstleistungen erbringen*

*Fachaufsicht: Fundament
der Qualitätssicherung*

Im Mai 2009 wurde – aufbauend auf den Erfahrungen guter Beispiele und unter Berücksichtigung der Umsetzungsverantwortung vor Ort – das Konzept zur Qualitätssicherung im SGB II eingeführt. Das Ziel ist, eine qualitativ gute – also rechtmäßige, wirtschaftliche und wirksame sowie kundenfreundliche – Dienstleistung für unsere Kunden zu erbringen. Die Qualifizierung der Mitarbeiter, die Sicherstellung eines funktionsfähigen internen Kontrollsystems sowie die konsequente Wahrnehmung der Fachaufsicht sind wesentliche Elemente der dezentralen Qualitätssicherung und liegen in der Verantwortung der Führungskräfte vor Ort. Zur Unterstützung der Durchführung, Auswertung und Dokumentation regelmäßiger fachaufsichtlicher Prüfungen wurden EDV-gestützte Werkzeuge zur Verfügung gestellt. Seit Juli 2009 erfolgt die Nachhaltung der durch die Interne Revision festgestellten Mängel ebenfalls IT-gestützt. Um dem Anspruch der BA als kompetenter Dienstleister am Arbeitsmarkt gerecht zu werden, müssen die Mitarbeiter und Führungskräfte durch Kompetenz, Zuverlässigkeit und Service-mentalität sowie durch die Qualität der Leistungserbringung überzeugen. Daher wird das Thema Qualitätssicherung zunehmend in Qualifizierungsmaßnahmen verankert. So wurden Module zur Qualitätssicherung unter anderem in den Seminaren „Führen über Ziele im SGB II“ und „Fachaufsichtliche Führung SGB II“ integriert. Für 2010 gilt es, den begonnenen Prozess zu verstetigen und die Wirkung der dezentralen Qualitätssicherung weiter zu erhöhen.

Bekämpfung des Leistungsmissbrauchs

*Aufdeckung von
Leistungsmissbrauch
durch Datenabgleich*

I. Datenabgleich

Wichtigste Erkenntnisquelle für Leistungsmissbrauch ist der automatisierte Datenabgleich nach § 52 SGB II. Im Geschäftsjahr 2009 haben die ARGEn

und Agenturen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung aufgrund von Erkenntnissen hieraus in rund 136.900 Fällen Überzahlungen festgestellt. Die Schadenshöhe belief sich auf rund 72,2 Mio. EUR.

II. Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten und Straftaten

Im Zusammenhang mit Leistungsmissbrauch verfolgen die Grundsicherungsstellen Ordnungswidrigkeiten und leiten Fälle mit Verdacht auf Schwarzarbeit an die Zollverwaltung sowie Fälle mit begründetem Straftatverdacht an die Staatsanwaltschaft weiter. Daneben bearbeiten sie auch Ordnungswidrigkeiten wegen Verstoßes gegen Auskunft- und Mitwirkungspflichten.

Straf- und Bußgeldverfahren

Die Grundsicherungsstellen leiteten im Jahr 2009 rund 224.700 (164.600)¹ Verfahren wegen des Verdachts einer Ordnungswidrigkeit oder Straftat ein. Abschließend bearbeitet wurden rund 216.300 (126.100)¹ Verfahren (96,3 % bzw. 76,6 %¹). Rund 49.200 (39.100)¹ Fälle wurden wegen des Verdachts auf Schwarzarbeit an die Zollverwaltung weitergeleitet, in weiteren rund 15.700 (12.900)¹ Fällen wurde der Fall mit einem begründeten Straftatverdacht an die Staatsanwaltschaft abgegeben. Wegen des Vorliegens einer Ordnungswidrigkeit ahndeten die Träger ca. 77.800 (52.200)¹ Verstöße und setzten dabei Verwarnungs- bzw. Bußgelder in einer Gesamthöhe von 9,7 (3,7)¹ Mio. EUR fest.

III. Sanktionsquote

Wegen pflichtwidrigen Verhaltens sind bis September 2009 insgesamt rund 489.100 Sanktionen ausgesprochen worden. Damit wurden im Durchschnitt 2,6 % aller erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit mindestens einer Sanktion belegt.

Widersprüche und Klagen

Im Jahr 2009 wurden von den Grundsicherungsstellen ca. 24.850.000 Bescheide erstellt. Davon wurden rund 805.200 mit Widerspruch (3,2 %) und rund 142.700 mit Klage (0,6 %) angefochten. Im Rahmen der Bearbeitung der Widersprüche und Klagen wurde rund 301.500 Widersprüchen stattgegeben (1,2 % aller Bescheide), darunter 162.300 Fälle (0,7 %) aufgrund fehlerhaften Arbeitens in der Grundsicherungsstelle. Rund 55.800 Bescheide wurden im Klageverfahren aufgehoben oder geändert (0,2 %).

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl der eingelegten Widersprüche um ca. 16.600 bzw. 2,1 % erhöht. Am häufigsten betrafen Widersprüche Leistungen für Unterkunft und Heizung (17,8 %), gefolgt von Aufhebungs- und Erstattungsentscheidungen (17,6 %). In 15,5 % der Widersprüche wurde eine Entscheidung zur Anrechnung von Einkommen und in 7,2 % eine Sanktionsentscheidung beanstandet. Rund 830.200 Widersprüche wurden 2009 abschließend bearbeitet. In 36,3 % der Fälle wurde dem Widerspruch ganz oder teilweise stattgegeben.

¹ Fälle mit Leistungsmissbrauch

2009 wurden ca. 142.700 Klageverfahren erhoben, 10.300 bzw. 7,8 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Knapp die Hälfte (48,8 %) der in diesem Zeitraum abgeschlossenen Klageverfahren wurde zugunsten der Kläger erledigt, wobei auch die Untätigkeitsklagen enthalten sind.

Um eine weitere Verbesserung der Situation bei den Widersprüchen und Klagen zu erreichen, bleibt dies weiterhin ein Schwerpunktthema der Fachaufsicht. Auch verschiedene Landesregierungen beteiligen sich hierbei im Rahmen ihrer Aufsicht über die Kommunen.

Der Neukundenprozess

Monatlich verzeichneten die ARGE n bzw. Agenturen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung durchschnittlich einen Zugang von ca. 100.000 Neukunden. Eine qualifizierte und zeitnahe Betreuung dieser Bewerberinnen und Bewerber setzt eine effizient strukturierte Zugangssteuerung voraus, die den lokalen Gegebenheiten gerecht wird. In den Neukundenprozess sind in der Regel mehrere Organisationseinheiten eingebunden. Aufgrund verschiedener Schnittstellen ist er anfällig für Reibungsverluste. Analysen von Neukundenprozessen haben gezeigt, dass bei den ARGE n und Agenturen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung oftmals Leistungsreserven bestehen (u. a. Optimierung der Prozessschnittstellen und Beschleunigung der Prozesse durch „Prozessunterstützer“).

Das im April diesen Jahres veröffentlichte „Handbuch Neukundenprozess SGB II“ unterstützt die ARGE n/Agenturen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung dabei, Handlungsbedarfe in ihren Prozessinhalten und -abläufen zu identifizieren und bei Bedarf entsprechende Maßnahmen zur Optimierung zu ergreifen. Wesentliche, dem Handbuch zugrunde liegende Merkmale für die Beurteilung der Qualität des Neukundenprozesses sind Rechtmäßigkeit des Antragsprozesses, die Einhaltung der operativen Mindeststandards sowie die Qualität des Integrationsprozesses. Für die einzelnen Phasen des Neukundenprozesses werden mögliche organisatorische Varianten und die damit verbundenen Vor- und Nachteile dargestellt. Es werden konkrete Hinweise gegeben, wie die Schwachstellen beseitigt oder zumindest abgemindert werden können. Ergänzt wurde das Handbuch um einen Selbstanalysebogen „Neukundenprozess“, der den verantwortlichen Führungskräften ermöglicht, sich in kurzer Zeit einen Überblick über die Stärken und Schwächen des in ihrer ARGE und Agentur mit getrennter Aufgabenwahrnehmung praktizierten Neukundenprozesses zu verschaffen. Die Einführung des Handbuches wurde maßgeblich von der Internen Beratung SGB II (IB SGB II) durch Workshops und Informationsveranstaltungen für Geschäftsführer der ARGE n und die Vorsitzenden der Geschäftsführung der Agenturen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung sowie entsprechende individuelle Beratungsangebote unterstützt. In den ersten drei Quartalen 2009 hat die IB SGB II 83 Beratungsaufträge zum Thema „Neukundenprozess“ durchgeführt.

Aktives Netzwerkmanagement im SGB II

Strategische Partnerschaft mit dem Deutschen Olympischen Sportbund

Am 6. Juli 2009 wurde zwischen dem Deutschen Olympischen Sportbund und der BA eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. In einer gemeinsamen Erklärung mit dem Titel „Sport baut Brücken zur Integration in den Arbeitsmarkt“ wurden die Herausforderungen und Ziele einer engen Zusammenarbeit festgelegt. Ziel der Kooperation ist in erster Linie die Integration sozial benachteiligter Menschen, vor allem von Jugendlichen ohne Ausbildung im Rechtskreis SGB II. Ein besonderer Schwerpunkt liegt in der Verbesserung der Situation junger Menschen mit Migrationshintergrund, deren soziales Umfeld durch eigene Arbeitslosigkeit oder die Arbeitslosigkeit ihrer Eltern stark eingeschränkt ist.

ARBEITSMARKT

Konjunktur und Arbeitsmarkt

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Jahres 2009 waren ungünstig. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt nahm nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes jahresdurchschnittlich um 5,0 % ab. Die Entwicklung war damit aber günstiger als zunächst befürchtet, da sich nach einem deutlichen Einbruch im ersten Quartal wieder ein leichtes Wachstum einstellte. Der Arbeitsmarkt zeigte sich trotz der schwierigen Rahmenbedingungen noch verhältnismäßig robust. Erwerbstätigkeit und Beschäftigung gingen 2009 im Jahresdurchschnitt zurück. Die Arbeitslosigkeit stieg im Vergleich zum Vorjahr an, jedoch weit weniger als ursprünglich erwartet.

Erwerbstätigkeit

Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes hat sich die Erwerbstätigkeit 2009 im Jahresdurchschnitt um 37.000 oder 0,1 % auf 40,24 Mio. verringert. Etwas stärker rückläufig war die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Im Juni 2009 waren 27,38 Mio. Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, 78.000 bzw. 0,3 % weniger als im Juni 2008. Der Beschäftigungsabbau hat fast alle Bundesländer erfasst. Abgesehen von einigen nördlichen Bundesländern lag die Beschäftigung im Juni 2009 überall unter Vorjahresniveau. Hinter dem trotz der wirtschaftlichen Krise immer noch moderaten Beschäftigungsabbau verbergen sich auch strukturelle Veränderungen in der Beschäftigung. So wurden im Vergleich zum Jahr 2008 277.000 Vollzeitstellen abgebaut; dieser Rückgang wurde aber teilweise durch den Aufbau von 199.000 Teilzeitstellen kompensiert. Auch zwischen einzelnen Branchen gab es Verschiebungen. Beschäftigung abgebaut wurde vor allem im Verarbeitenden Gewerbe (- 159.000) und in der Zeitarbeit (- 179.000). Demgegenüber stehen Beschäftigungszuwächse z. B. von 125.000 und 43.000 in den Bereichen Gesundheits- und Sozialwesen sowie Erziehung und Unterricht. Diese Verschiebungen in der Branchenstruktur haben auch Auswirkungen auf die Beschäftigung von Männern und Frauen. Da die Beschäftigungsrückgänge vor allem auf Branchen konzentriert waren, die von Männern dominiert sind, ging die Beschäftigung von Männern von 2008 auf 2009 um 234.000 zurück. Die Zahl der weiblichen Beschäftigten nahm hingegen um 157.000 zu, davon allein um 99.000 im Bereich Gesundheit. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes hat sich die Zahl der Selbstständigen 2009 jahresdurchschnittlich um 23.000 oder 0,5 % auf 4,41 Mio. vermindert. Die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse steigen seit der Reform der Mini-Jobs kontinuierlich an, 2009 um 114.000 auf 7,19 Mio.. Der Zuwachs entfällt dabei zum größeren Teil auf sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, die zusätzlich einen geringfügig entlohnten Nebenjob ausüben. Ihre Zahl ist um 64.000 oder 2,9 % auf 2,26 Mio. gestiegen. Die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten nahm um 50.000 oder 1,0 % auf 4,93 Mio. zu. In die Erwerbstätigenrechnung gehen allein die ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten ein, da die Nebenjobber schon mit ihrer Hauptbeschäftigung gezählt werden. Bei der geringfügigen Beschäftigung dominieren nach wie vor Frauen: Von den 7,19 Mio. geringfügig Beschäftigten sind 63,9 % weiblich, von den 4,93 Mio. ausschließlich geringfügig Beschäftigten 66,8 %. Durch

Arbeitsmarktpolitik geförderte Erwerbstätigkeit hat sich in der Summe verringert. Ein Grund hierfür war die rückläufige Förderung der Selbstständigkeit, die nach kräftigen Anstiegen von 2003 bis 2005 zuletzt in Folge von Rechtsänderungen deutlich abgenommen hat, von 2008 auf 2009 erneut um 35.000 auf 145.000. Die Zahl der Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante, die als Rechtsverhältnis eigener Art (kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts) in die Erwerbstätigenrechnung eingehen, hat sich nur geringfügig um 12.000 auf 279.000 verringert. In sozialversicherungspflichtigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante waren insgesamt 59.000 Arbeitnehmer beschäftigt, 5.000 weniger als vor einem Jahr.

Arbeitskräfteangebot

Das Angebot an Arbeitskräften in Deutschland hat nach Einschätzungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) jahresdurchschnittlich weiter leicht abgenommen; es sank von 2008 auf 2009 um 135.000 auf 44,22 Mio.. Seit der Wiedervereinigung war das Erwerbspersonenpotenzial zunächst durchgehend gestiegen. Seit 2006 überwiegt jedoch der demografische Trend; es scheiden mehr ältere Menschen aus dem Erwerbsleben aus als junge nachrücken, die Erwerbspersonen werden zunehmend älter. Angebotserhöhende Effekte wie eine zunehmende Erwerbsneigung und Zuwanderung konnten das in den letzten Jahren nicht mehr ausgleichen.

*Demografischer Trend
lässt Arbeitskräfteangebot
zurückgehen*

Arbeitslosigkeit

Nachdem in den Vorjahren die Arbeitslosigkeit sehr deutlich zurückgegangen war, machte sich 2009 die wirtschaftliche Krise auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. Im Jahresdurchschnitt waren in Deutschland 3.423.000 Menschen arbeitslos gemeldet, das sind 155.000 oder 4,8 % mehr als ein Jahr zuvor. Gegenüber dem Jahr 2005, als die Arbeitslosigkeit infolge der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ihren bisherigen Höchstwert erreichte, ergibt sich für die Arbeitslosigkeit aber immer noch ein deutliches Minus von 1.438.000. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit hat die einzelnen Regionen unterschiedlich stark getroffen. Besonders deutliche Zunahmen gegenüber 2008 waren im Südwesten zu verzeichnen. Die Rezession hat sich schneller und deutlicher im Bereich der Arbeitslosenversicherung als im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende ausgewirkt. Daher kam es im SGB III zu einer jahresdurchschnittlichen Zunahme der Arbeitslosigkeit von 18,2 %, im SGB II ist noch ein Rückgang von 1,3 % zu verzeichnen. Da sich die Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise vor allem im Verarbeitenden Gewerbe deutlich zeigten, entfällt der Anstieg der Arbeitslosigkeit allein auf Männer. Ihre Arbeitslosigkeit hat 2009 um 200.000 auf 1.868.000 zugenommen, während die Arbeitslosigkeit der Frauen um 44.000 auf 1.556.000 gesunken ist. Die ungünstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich allerdings weniger stark als vorab befürchtet auf die Arbeitslosenzahl ausgewirkt. Gründe hierfür sind unter anderem der Abbau von Arbeitszeitkonten, Verschiebungen zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigung, ein Absinken der Produktivität, aber auch der Rückgang des Arbeitskräfteangebots. Nicht zuletzt hat die starke

*Verhältnismäßig
moderater Anstieg
der Arbeitslosenzahlen*

Nutzung von konjunktureller Kurzarbeit – 2009 arbeiteten durchschnittlich 1,06 Mio. Personen kurz – die Zahl der Beschäftigten stabilisiert und einen stärkeren Anstieg der Arbeitslosigkeit verhindert. Außerdem hat ein statistischer Sondereffekt den Anstieg der Arbeitslosigkeit deutlich gedämpft, da infolge der Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente Teilnehmer an Maßnahmen zur Qualifizierung und Eingliederung nicht mehr als arbeitslos gezählt werden.

Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, betrug im Jahr 2009 8,2 %, 2008 belief sie sich noch auf 7,8 %. Die anteilige SGB III-Arbeitslosenquote lag 2009 jahresdurchschnittlich bei 2,8 % und die anteilige SGB II-Arbeitslosenquote auf 5,3 %. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Anstieg um 0,4 bzw. einem Rückgang um 0,1 Prozentpunkte.

BA-bekannte Stellen und BA-X

*Deutlicher Rückgang der
Kräftenachfrage. Leichte
Erholung zum Jahresende*

Der Bestand an gemeldeten Stellen hat sich 2009 deutlich verringert. Im Jahresdurchschnitt waren 486.000 Stellen (einschließlich geförderter Stellen) gemeldet, 83.000 oder 15 % weniger als vor einem Jahr. Von allen gemeldeten Stellen entfielen jahresdurchschnittlich 273.000 oder 56 % auf ungeforderte Stellen für „normale“ sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, die besser die Marktentwicklung widerspiegeln¹. Das waren 85.000 oder 24 % weniger als vor einem Jahr. Damit liegt der Stellenbestand leicht über dem Niveau von 2005. Der Stellenbestand ist kein monolithischer Block, er schlägt sich, selbst in rezessiven Phasen, relativ schnell um. So gingen im Jahresverlauf 2,24 Mio. Stellen ein, gleichzeitig wurden 2,27 Mio. Stellen abgemeldet. Neben den gemeldeten offenen Stellen kennt die BA noch zusätzliche Stellen für Freiberufler, Selbstständige und aus der privaten Arbeitsvermittlung (8.000), aus ihrer JOBBÖRSE (200.000) und dem Job-Roboter (158.000). Nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung lag das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot im dritten Quartal 2009 bei 832.000 Stellen. Das waren 166.000 weniger als vor einem Jahr. Darunter waren 647.000 Stellenangebote für den ersten Arbeitsmarkt, die im Vorjahresvergleich um 182.000 oder 22 % abgenommen haben. Von allen Stellen waren der BA 58 % gemeldet, von den Stellen des ersten Arbeitsmarktes 46 %. Die Meldequote zeigt sich damit gegenüber dem Vorjahr unverändert. Am ersten Arbeitsmarkt ist sie gegenüber dem dritten Quartal 2008 um 4 Prozentpunkte zurückgegangen.

Der BA-Stellenindex (BA-X) misst die Arbeitskräftenachfrage am ersten Arbeitsmarkt. Basierend auf konkreten, bei der BA gemeldeten Stellengesuchen der Betriebe, fungiert er als Konjunktur-Frühindikator und Maßstab für die tatsächliche Einstellungsbereitschaft in den Unternehmen. Das Stellenbarometer verzeichnete im Jahresverlauf 2009 einen deutlichen Rückgang. Im letzten Quartal 2009 konnte der Abwärtstrend gestoppt werden und die Kräftenachfrage zog wieder leicht an. Im Dezember schloss der BA-X mit 129 Punkten.

¹ Geförderte Stellen umfassen Stellen für PSA, ABM, BSI und Arbeitsgelegenheiten. „Normale“ sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse enthalten zum einen keine geringfügig entlohnte Beschäftigung und zum anderen keine Job-, Saison-, Tele-, Gastarbeiter- und PSA-Stellen sowie besondere Stellen für Haushaltshilfen für Pflegebedürftige.

Ausbildungsmarkt

Die Bilanz zum Abschluss des Berufsberatungsjahres 2008/2009 am 30. September 2009 zeigt, dass sich die Lage auf dem Ausbildungsmarkt trotz der Rezession weiter entspannt hat. Die Zahl der gemeldeten Bewerber war, nicht zuletzt demografiebedingt, deutlich geringer als im Vorjahr. Die Zahl der Jugendlichen, die für das bereits begonnene Ausbildungsjahr noch eine Lehrstelle suchen, bleibt relativ klein. Die Zahl der gemeldeten Berufsausbildungsstellen liegt unter dem Vorjahresniveau, wenngleich der Rückgang in Anbetracht der Krise moderat ausfällt. Mit dieser Entwicklung einher geht das Minus bei den abgeschlossenen Ausbildungsverträgen insgesamt um 8,2 % gegenüber dem Vorjahr.

Positive Bilanz zum Ende des Berufsberatungsjahres trotz wirtschaftlicher Krise

Von Oktober 2008 bis September 2009 wurden der Ausbildungsvermittlung der BA und der ARGE n insgesamt 475.400 Ausbildungsstellen gemeldet, dies sind 36.200 oder 7,1 % weniger als im Vorjahreszeitraum, aber trotz deutlicher Rezession lediglich 6,9 % weniger als zur Boomphase 2006/2007. Leichte Rückgänge zeigen sich gegenüber dem Vorjahr bei den betrieblichen Ausbildungsstellen. Diese liegen mit 408.400 Stellen um 24.200 oder 5,6 % unter dem Angebot des Vorjahres. Bei den außerbetrieblichen Ausbildungsstellen ist mit 67.000 Stellen ein deutliches Minus von 11.900 Stellen oder 15,1 % zu verzeichnen. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den westlichen und den östlichen Bundesländern. Die rückläufige Zahl der gemeldeten Ausbildungsstellen korrespondiert mit der Entwicklung der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Die Ausbildungsvermittlung der BA und der ARGE n wurde im Verlauf des Berichtsjahres von 533.400 Bewerbern bei der Suche nach einer Lehrstelle eingeschaltet, 86.700 oder 14,0 % weniger als vor einem Jahr und über ein Viertel weniger als noch im Berufsberatungsjahr 2006/2007. Damit nimmt nun schon das dritte Jahr in Folge die Bewerberzahl sowohl in West- als auch in Ostdeutschland ab.

Leichte Rückgänge bei betrieblichen Stellen, deutliche bei außerbetrieblichen Stellen und Bewerbern

Die rechnerische Differenz zwischen den bei der BA und den ARGE n gemeldeten Ausbildungsstellen (475.400) und den bei der BA und den ARGE n gemeldeten Bewerbern (533.400) beträgt 58.000. Vor einem Jahr hatte die Differenz bei 108.500 gelegen. Vergleicht man die Zahl der bei BA und ARGE n gemeldeten unversorgten Bewerber (9.600) mit dem Vorjahr, so gab es einen Rückgang von 4.900 bzw. 33,8 %.

Rechnerische Lücke zwischen Plätzen und Bewerbern deutlich kleiner

2009 wurden erstmals auch die Daten für die Ausbildungsvermittlung bei den zugelassenen kommunalen Trägern (zkT) übermittelt. Nach Angaben der zkT wurden dort 22.300 Ausbildungsbewerber registriert. Dabei kam es nach Erkenntnissen der BA zu ca. 1.800 Doppelnennungen (Bewerber, die sowohl von Agenturen/ARGE n wie auch zkT registriert wurden). Zum 30. September waren bei den zkT noch 6.800 Bewerber unversorgt gemeldet. Angaben zu evtl. bei zkT gemeldeten Ausbildungsplätzen liegen nicht vor. Bundesweit wurden damit etwa 16.400 unversorgte Jugendliche gezählt.

Statistisch blieben deutschlandweit 1,8 % der bei der BA und den ARGE n gemeldeten Bewerber ohne Lehrstelle oder alternatives Angebot bzw. Ersatzmaßnahme. Der Anteil der Bewerber, die nach Kenntnis und unter Einschaltung der BA in eine Ausbildung eingemündet oder darin verblieben sind, lag mit 51 % in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. 16 % der Bewerber haben sich für einen weiteren

Schulbesuch oder ein Studium entschieden, weitere 4 % haben eine Arbeit aufgenommen. Zudem unterstützt die BA den Übergang an der ersten Schwelle mit zahlreichen Maßnahmen. 7 % der gemeldeten Bewerber haben eine weitere Qualifizierung (z. B. eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme, eine Einstiegsqualifizierung oder das Nachholen des Hauptschulabschlusses) begonnen. Die Herausforderung der Zukunft wird darin zu sehen sein, die Zahl der Teilnehmer am sogenannten Übergangssystem zu reduzieren. In 2009 haben Arbeitsagenturen und ARGen insgesamt rd. 3,4 Mrd. EUR für Jugendliche beim Übergang von der Schule ins Ausbildungssystem aufgewendet.

*Mehr unbesetzte
Stellen als unversorgte
Bewerber zur Bilanz*

Die Zahl der Ende September noch unbesetzten Ausbildungsstellen lag bei der BA mit 17.300 um 2.300 bzw. 11,5 % unter dem Vorjahreswert. Die rechnerische Differenz zwischen der Zahl der bei der BA und den ARGen gemeldeten unversorgten Bewerbern (9.600) und den dort unbesetzten Ausbildungsstellen (17.300) beträgt +7.650. Damit ergibt sich das zweite Jahr in Folge am Ende des Berichtsjahres ein Stellenüberhang. Diese Bilanz gilt allerdings nur für Westdeutschland. Hier beträgt die Differenz +7.600. In Ostdeutschland gab es dagegen 50 unversorgte Bewerber mehr als unbesetzte Stellen. Die unversorgten Jugendlichen bei den optierenden Kommunen sind dabei nicht einbezogen.

Die bisherigen Erfahrungen des Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs sprechen dafür, dass im so genannten „fünften Quartal“ von Oktober bis Dezember eine große Anzahl der derzeit noch unbesetzten Stellen mit Auszubildenden besetzt werden kann und im Gegenzug bislang unvermittelte Bewerber einen Ausbildungsplatz oder eine Alternative finden. Zudem hat sich auch gezeigt, dass die Nachvermittlungsaktivitäten des Paktes noch in die ersten Monate des neuen Kalenderjahres hineinreichen.

Internationale Beziehungen

*Wirtschaftskrise
international*

Die Wirtschafts- und Finanzkrise stand auch auf internationaler Ebene im Zentrum zahlreicher Konsultationen, wobei die Regulierungen zur Kurzarbeit in Deutschland von vielen Ländern modifiziert übernommen wurden. Auch die Kommission der EU hat die deutschen Krisenreaktionen immer wieder als beispielhaft in Konferenzen und Workshops präsentieren lassen. Der BA wurde die Leitung der Arbeitsgruppe „New Skills for New Jobs“ für die öffentlichen Arbeitsverwaltungen übertragen, einer breit angelegten Initiative der Kommission, um die Wirtschaft der Mitgliedsstaaten langfristig krisenstabiler zu machen und sie in die Lage zu versetzen, erfolgreicher an der Überwindung von Arbeitslosigkeit zu arbeiten. Auch in der High Level Expert Group (Hochrangige Expertengruppe) dieser Initiative ist die BA als einzige öffentliche Arbeitsverwaltung vertreten.

*Europavertretung nach
der Europawahl*

Die Europavertretung der BA hat Netzwerke mit den neuen Europaparlamentariern geknüpft und wird dies auch ab 2010 in der neuen Kommission tun. Die Weiterentwicklung der Lissabon-Strategie für Bildung und Arbeitsmarkt wird eine der großen Herausforderungen sein.

Auf dem Weltkongress der Weltvereinigung öffentlicher Arbeitsverwaltungen WAPES (World Association of Public Employment Services) wurde die BA für weitere drei Jahre in der Funktion der Vizepräsidentschaft für die Region Europa bestätigt.

*Vizepräsidentschaft
WAPES für weitere 3 Jahre*

Das EU-Twinning Projekt zur Modernisierung der serbischen Arbeitsverwaltung wird Anfang 2010 unter Leitung der BA erfolgreich abgeschlossen und hat durch die gute Kooperation aller Beteiligten ein äußerst positives Bild über die Leistungsfähigkeit der BA bei internationalen Geldgebern hinterlassen.

*Serbien-Projekt
erfolgreich abgeschlossen*

Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV)

Die ZAV hat 2009 ihre Position als Spezialdienstleister für besondere Kundengruppen und Märkte und zugleich als interner Dienstleister der BA weiter gestärkt und trug in ihren besonderen Geschäftsfeldern zur geschäftspolitischen Zielerreichung der BA bei.

Die ZAV bietet in ihrer Auslandsvermittlung Menschen mit Interesse an einer Arbeitsaufnahme im Ausland eine – zumeist zeitlich befristete – Jobperspektive an. Hiervon profitieren auch Berufsgruppen, die auf dem deutschen Arbeitsmarkt derzeit keine adäquate Beschäftigung finden. Im Jahr 2009 nutzten diese Chance 10.605 deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, 12,6 % mehr als noch im Vorjahr (9.413). Vorrangig boten sich Integrationschancen für qualifizierte Fachkräfte aus Bauhaupt- und Nebenberufen sowie aus dem Hotel- und Gaststättensektor.

*Ausweitung der
Auslandsvermittlung*

Die ZAV-Auslandsvermittlung hat 2009 ihre Aufgabe als koordinierende Beratungsstelle für die Anerkennung von Abschlüssen hochqualifizierter Kunden aus dem Ausland übernommen. Dabei unterstützt die Anerkennungsberatung die integrationsbegleitende Beratung und Vermittlung in den Agenturen für Arbeit und den Grundsicherungsstellen. Zugleich übernimmt sie eine Lotsenfunktion für die fallbezogene Begleitung der Kunden in Anerkennungsfragen. Ziel ist es, einen Beitrag zur Konkurrenzfähigkeit Deutschlands im internationalen Wettbewerb zu leisten, indem verstärkt hochqualifizierte Einwanderer adäquat zu ihrem Qualifikationsniveau beschäftigt werden. Das Beratungsangebot hierzu ist 2009 aufgebaut worden und wurde von 424 Kunden in Anspruch genommen.

Im Geschäftsfeld Managementvermittlung vermittelt die ZAV Führungskräfte der oberen Leitungsebene in deutsche Unternehmen. Darüber hinaus übernimmt sie bundesweite BA-Vermittlungsprojekte. So konnten 2009 im „Ingenieurprojekt“ mit seinen Jobbörsen für Ingenieure erneut Arbeitgeber bei der Rekrutierung von Führungs- und Fachkräften unterstützt werden. Denn trotz der Wirtschaftskrise waren im Maschinenbau und in der Elektrotechnik sowie anderen Schlüsselbranchen besonders qualifizierte Fachleute gesucht, so dass die ZAV 2009 insgesamt in diesem Geschäftsfeld (inklusive Ingenieurprojekt) 2.240 Menschen in Arbeit integrieren konnte. Dies bedeutet eine Steigerung um 16,8 % im Vergleich zum Vorjahr.

*Fachkräfte im Maschinen-
bau und der Elektrotechnik
weiter gefragt*

Um für besonders betroffene schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber mit akademischem Abschluss überregional Beschäftigungsmöglichkeiten besser zu-

gänglich zu machen, bietet die ZAV seit Herbst 2009 in Kooperation mit den lokalen Agenturen für Arbeit Vermittlungsdienstleistungen für diesen Personenkreis an.

Auch durch die ZAV-Künstlervermittlung konnten 54.945 Künstler in den deutschen Arbeitsmarkt für Darstellende Kunst, Musik und Entertainment integriert werden, davon 51.783 (94,2 %) in branchenübliche Engagements bis zu sieben Tagen Dauer und 3.162 in Beschäftigungen über sieben Tage Dauer. Der Marktausgleich auf dem Künstlerarbeitsmarkt gewann zudem 2009 eine verstärkte internationale Komponente, da 201 ausländische Künstler für eine Stellenbesetzung in Deutschland gewonnen werden konnten und 131 deutsche Künstler mit Unterstützung der Künstlervermittlung im Ausland Arbeit fanden.

*Rückgang von
Arbeitserlaubnissen*

Im Bereich der Arbeitsmarktzulassung verzeichnete die ZAV einen deutlichen Rückgang. Insgesamt wurden 342.794 Arbeitserlaubnisse erteilt und damit 33,9 % weniger als im Vorjahr.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) erforscht den Arbeitsmarkt, um die BA, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie weitere Akteure der Fachöffentlichkeit auf der Basis moderner Methoden und gesicherter Forschungsbefunde kompetent zu beraten. Die organisatorische Nähe zur BA sorgt dafür, dass wissenschaftliche Erkenntnisse unmittelbar in ihre Entscheidungsprozesse einbezogen werden können. Forschungs- und Publikationsfreiheit garantieren, dass unabhängiger und damit bisweilen auch kritischer Rat erteilt werden kann.

*Das IAB analysiert die
Auswirkungen der Krise
und prüft die Instrumente,
die Beschäftigung schaffen
oder sichern sollen*

Eine der Publikationen des IAB, die im Jahr 2009 auf besonders hohes Interesse gestoßen sind, ist der im Januar veröffentlichte Band „Aktivierung, Erwerbstätigkeit und Teilhabe – vier Jahre Grundsicherung für Arbeitsuchende“. Die IAB-Wissenschaftler zeichnen darin ein „gemischtes Bild mit positiver Tendenz“. Die Reform zeigt positive Wirkungen und hat zum Rückgang der strukturellen Arbeitslosigkeit beigetragen.

Die Wirtschaftskrise stellt auch die Arbeitsmarktforschung vor neue Herausforderungen. Eine bereichsübergreifende Task-Force am IAB analysiert die Wirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt, diagnostiziert künftige Entwicklungstendenzen und prüft Instrumente, die in dieser Situation Beschäftigung schaffen oder sichern sollen, auf ihre Wirksamkeit.

Chancengleichheit am Arbeitsmarkt

Durch den demografischen Wandel und einen hierdurch in Zukunft weiter ansteigenden Fachkräftebedarf gewinnt das Beschäftigungspotenzial von Frauen insgesamt zunehmend an Bedeutung. Dies gilt u. a. für Frauen, die nach der Familienphase in den Beruf zurückkehren möchten.

Die Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt (BCA) haben vor diesem Hintergrund in 2009 verstärkt einerseits Wiedereinsteigerinnen zur Berufsrückkehr beraten, andererseits Arbeitgeber über die Chancen und Möglichkeiten einer familienfreundlichen Personalpolitik informiert. Hierfür entwickelten die BCA ein Gesamtkonzept „Beschäftigungspotenziale von Frauen nutzen – moderne Personalpolitik unterstützen“ mit modular aufgebauten Beratungsangeboten, die erfolgreich eingesetzt wurden.

Intensive Bemühungen zur Nutzung des Beschäftigungspotenzials sowie der Aktivierung und Förderung von Frauen

Die Beteiligung der BA an dem Aktionsprogramm „Perspektive Wiedereinstieg“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zielt ebenfalls darauf ab, die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen. Das interaktive Lotsenportal für Wiedereinsteigerinnen weist den Weg durch eine Vielzahl der Beratungsangebote. Es stellt andere Frauen vor, die von ihrem Wiedereinstieg berichten und mit ihrer Erfahrung unterstützen können. Mit dem Wiedereinstiegs-Check erhalten Nutzerinnen ein auf persönliche Bedürfnisse abgestelltes Informationspaket. Seit dem Start Anfang März 2009 gab es rund 175.000 Besuche des Portals. Zusätzlich dient das beschäftigungspolitische Modellprogramm „Perspektive Wiedereinstieg“ der Entwicklung und Erprobung von praxisorientierten und effektiven Formen des beruflichen Wiedereinstiegs. Es wird exemplarisch an 20 Standorten in Deutschland durchgeführt und von der BA im Rahmen der individuellen Eingliederungsleistungen kofinanziert.

Die Beschäftigung von Frauen in tendenziell weniger konjunkturabhängigen Berufsfeldern führte dazu, dass Frauen im Jahre 2009 sowohl von Arbeitslosigkeit als auch von Kurzarbeit weniger stark betroffen waren als Männer. Demgegenüber stieg der Frauenanteil in ausschließlich geringfügiger Beschäftigung.

Die Beteiligung von Frauen an den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen stieg im Rechtskreis des SGB III 2008 auf 44,8 % an. Die gesetzlich vorgeschriebene Frauenförderquote (53,2 %) wurde in 2008 dennoch nicht erreicht. In Folge der Entwicklungen am Arbeitsmarkt und den Anstrengungen der BA zur Erhöhung des Anteils von Frauen an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen näherten sich die Quoten stetig an. Nach den aktuellen Daten im 12-Monatsdurchschnitt bis September 2009 wird die Zielförderquote von nunmehr 40,4 % um 2,7 Prozentpunkte übertroffen.

Fachtagung „Perspektiven für Alleinerziehende“

Als Bestandteil der strategischen Partnerschaft zu Alleinerziehenden zwischen dem BMFSFJ, dem BMAS und der BA hat am 26. Mai 2009 die Fachtagung „Perspektiven für Alleinerziehende“ in Berlin stattgefunden. Im Mittelpunkt des Kongresses stand die Weiterentwicklung bestehender Ansätze zur Aktivierung und Verbesserung der Integrationsfähigkeit von Alleinerziehenden. Den 500 Fachexperten, Praktikern und Wissenschaftlern diente die Veranstaltung darüber hinaus als Plattform für den fachlichen Austausch, aber auch als Impulsgeber zur Optimierung der Integrationsarbeit.

NEUAUSRICHTUNG DER ARBEITSMARKTDIENSTLEISTUNGEN

Ausgewählte arbeitsmarktpolitische Instrumente und Sonderprogramme

Das Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente ist am 01. Januar 2009 in Kraft getreten. Die Neukonzeption der arbeitsmarktpolitischen Instrumente reduziert die Komplexität des Produktportfolios und vergrößert die Handlungsspielräume vor Ort. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang:

Vermittlungsbudget (§ 45 SGB III)

Im Vermittlungsbudget wurden Leistungen zusammengefasst, die bislang in Einzelschriften geregelt waren und die Arbeitsaufnahme durch verschiedene Arbeitnehmerleistungen unterstützten. Nicht mehr die Frage, welche Leistungen beantragt werden können, sondern ob und welche Handlungsbedarfe ausgeglichen werden müssen, steht beim Vermittlungsbudget im Vordergrund. Dezentrale Ansätze der Arbeitsmarktpolitik wurden dabei bewusst gestärkt und die Möglichkeiten der individuellen Förderung erweitert.

Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung (§ 46 SGB III)

Die Neuregelung übernimmt die positiven Elemente der Instrumente Beauftragung Dritter mit der Vermittlung nach § 37 SGB III, Personal-Service-Agenturen nach § 37c SGB III, Trainingsmaßnahmen nach §§ 48 ff. SGB III, Maßnahmen nach § 421i SGB III sowie Aktivierungshilfen nach § 241 Abs. 3a SGB III. Maßnahmen oder Maßnahmeteile zur Feststellung, Verringerung oder Beseitigung von Vermittlungshemmnissen können nach § 46 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB III auch bei einem Arbeitgeber bis zu einer Dauer von vier Wochen durchgeführt werden. Die Vermittlung von beruflichen Kenntnissen ist auf die Dauer von acht Wochen begrenzt.

Förderung der beruflichen Weiterbildung

*Signifikanter Anstieg
der Eintritte in
berufliche Weiterbildungen*

Die Förderung der beruflichen Weiterbildung ist als eines der wesentlichen Elemente der aktiven Arbeitsförderung anzusehen. Sie soll dazu beitragen, die Diskrepanz zwischen den qualifikatorischen Anforderungen bei der Nachfrage nach Arbeitskräften und den bei Arbeitssuchenden vorhandenen Qualifikationen auszugleichen. Die BA leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Deckung des Fachkräftebedarfs.

Im Berichtsjahr begannen 380.725¹ (2008: 251.539) Arbeitnehmer im Rechtskreis SGB III eine berufliche Weiterbildungsmaßnahme. Gegenüber dem Vorjahr ist damit die Zahl der Eintritte um über 50 % angestiegen. Der Durchschnittsbestand lag im Jahr 2009 bei rund 105.659 Weiterbildungsteilnehmern.

*Ausgaben für
berufliche Weiterbildungen*

Im vergangenen Jahr wurden für die Förderung der Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung für Weiterbildungskosten (Lehrgangskosten, Fahrkosten, Kinderbetreuungskosten, Kosten für auswärtige Unterkunft und Verpflegung) rund 1,262 Mrd. EUR (2008: 788,3 Mio. EUR) aus dem Eingliederungstitel ausgegeben. Hinzu kommen rund 1,135 Mrd. EUR (2008: 738,7 Mio. EUR) für die Gewährung

¹ Aufgrund einer nicht trennscharfen Erfassung zwischen FbW- und Reha-Daten betrug die Untererfassung bei FbW in den bundesweiten Zugängen im Jahr 2009 ca. 12.700 Förderungen.

von Arbeitslosengeld bei Weiterbildung. Im Berichtsjahr ergibt sich damit für die Förderung der Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung eine Summe von rund 2,297 Mrd. EUR (2008: 1,53 Mrd. EUR) an Gesamtausgabemitteln im Rechtskreis SGB III.

Übergang Schule-Beruf

Der erfolgreiche Berufseinstieg aller Kunden ist eine wichtige Zielsetzung der BA. Als erster Dienstleister am Ausbildungsmarkt setzt die BA ihren Auftrag zur beruflichen Orientierung durch vielfältige adressatengerechte Aktivitäten um.

*Geschäftspolitisches Ziel:
Erfolgreicher Berufseinstieg
aller Kunden*

Als Teil des Übergangsmagements Schule-Beruf fördert eine gelungene Berufsorientierung die Auseinandersetzung junger Menschen mit dem Thema Berufswahl und schafft die Basis für einen gelungenen Berufseinstieg. Deshalb beginnt die BA präventiv mit ihrer Orientierungsarbeit deutlich vor dem eigentlichen Übergang Schule-Beruf. Professionelle Berufsorientierung informiert in Gruppenveranstaltungen, mit medialen Angeboten sowie durch die Selbstinformationseinrichtungen Berufsinformationszentrum (BiZ) und BiZmobil umfassend über Fragen der Berufs- und Studienwahl, über Berufe, deren Anforderungen sowie Berufsaussichten.

*Erster Dienstleister am
Arbeitsmarkt*

Die Beratungsfachkräfte der Agenturen für Arbeit beraten als neutrale Berufswahlexperten die Schulen bei der Entwicklung eines schulspezifischen und zielgruppenadäquaten Berufsorientierungskonzeptes. Die BA setzt sich zum Ziel, die Zusammenarbeit der verschiedenen regionalen Akteure zu verbessern und somit für eine höhere Transparenz über die Angebotsstruktur für Schulen, Schüler und Eltern zu sorgen.

*Netzwerke stärken –
Angebote koordinieren*

Auch 2009 hat die BA weiter in erheblichem Umfang präventive Maßnahmen für Schülerinnen und Schüler bereits im Vorfeld zum Übergang in den Beruf gefördert. Für Maßnahmen der (erweiterten) vertieften Berufsorientierung nach § 33 Satz 3 bis 5 bzw. 421q SGB III, die bereits in den Vorabgangsklassen ansetzen, hat die BA im Jahr 2009 67 Mio. EUR eingesetzt. Diese Maßnahmen bedürfen einer mindestens 50-prozentigen Kofinanzierung durch Dritte (insbesondere der Länder). Die BA will damit Impulse setzen, um die Länder in ihrem Aufgabengebiet bei ihren Bemühungen zu unterstützen, insbesondere für leistungsschwächere Schüler den Übergang in Ausbildung erfolgreicher als in der Vergangenheit zu gestalten.

*Ausbau
präventiver Angebote*

Im Februar haben darüber hinaus die neu eingeführten Maßnahmen der Berufseinstiegsbegleitung nach § 421s SGB III begonnen, welche im Rahmen einer modellhaften Erprobung Schülerinnen und Schüler von 1.000 ausgewählten Schulen beim Übergang von der allgemeinbildenden Schule in Ausbildung individuell unterstützen sollen. Die BA hat im Jahr 2009 hierfür 35 Mio. EUR eingesetzt.

Das Informationsangebot unter „planet-beruf.de“ und „abi.de“ wurde sowohl in den Internetportalen als auch im Printbereich sukzessive ausgebaut. Ein Schwerpunkt war dabei die Erweiterung des Angebotes in Form von Unterrichtsmaterialien für Lehrkräfte sowie Elternmagazinen. Darüber hinaus wurden die BiZ mit einer neuen Medienreihe, den BiZ-Informationsmappen „Ausbildung“, „Erwachsene“ und „Studium“ ausgestattet.

*Erweiterung des
zielgruppen-spezifischen
Informationsangebotes*

<i>Aktivitäten rund um das Thema MINT-Berufe</i>	Die BA unterstützte die Bemühungen von Politik und Wirtschaft, insbesondere mehr junge Frauen für MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) zu gewinnen. Zwei Sonderhefte zu dieser Thematik in den Reihen planet-beruf und abi flankierten die Aktivitäten rund um den Girls' Day.
<i>Berufliche Beratung und Ausbildungsvermittlung</i>	Zur Unterstützung der individuellen Berufsentscheidung und –realisierung spielt das persönliche Gespräch mit Berufsberatern eine herausragende Rolle. In einer Kundenbefragung bezeichneten 93 % es als „sehr wichtig“ oder „wichtig“. Die Gesamtzufriedenheit ebenso wie die Weiterempfehlungsrate ist hoch. Mit einer Weiterentwicklung ihrer Beratungskonzeption – die ersten Qualifizierungen begannen 2009 – stärkt die BA die Beratungskompetenz von Beratungs- und Vermittlungsfachkräften und optimiert die persönliche Beratung und Integrationsbegleitung.
<i>Bereitstellung zusätzlicher Qualifizierungsangebote durch die BA</i>	<p>Ergänzend zum verstärkten Engagement der BA im Bereich der präventiven Angebote hat die BA in erheblichem Umfang zusätzliche Maßnahmen bereitgestellt, um junge Menschen beim Übergang von der Schule in Ausbildung zu unterstützen. Im Jahr 2009 wurden hierfür (ohne die Ausgaben für behinderte Menschen) insgesamt 2,18 Mio. EUR verausgabt; davon im Rechtskreis SGB III: 1,74 Mio. EUR (2008: 2,03 Mio. EUR; davon SGB III: 1,65 Mio. EUR).</p> <p>So nahmen im Berufsberatungsjahr 2008/2009 (Oktober 2008 bis September 2009) 109.713 Ratsuchende an einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme (ohne spezielle Maßnahmen für behinderte Menschen) teil. Die Ausgaben betrugen im Jahr 2009 insgesamt 521 Mio. EUR, davon 333 Mio. EUR für Lehrgangskosten und 188 Mio. EUR für Berufsausbildungsbeihilfe der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (2008: insgesamt 513 Mio. EUR, davon 337 Mio. EUR für Lehrgangskosten und 176 Mio. EUR für Berufsausbildungsbeihilfe). Die Eingliederungsquote der im Jahr 2008 ausgetretenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer (nur SGB III) betrug 48,6 % (in sozialversicherungspflichtige Ausbildung 41,9 %).</p> <p>Im Rahmen einer Einstiegsqualifizierung wurden im letzten Berufsberatungsjahr insgesamt 27.996 junge Menschen gefördert; davon 7.170 Personen aus dem Rechtskreis SGB II. Die Ausgaben beliefen sich im Jahr 2009 auf insgesamt 71 Mio. EUR (SGB III: 55 Mio. EUR); (2008: insgesamt 72 Mio. EUR, SGB III: 59 Mio. EUR). Die Eingliederungsquote der im Jahr 2008 ausgetretenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer (nur SGB III) betrug 68,9 % (in sozialversicherungspflichtige Ausbildung 61,3 %).</p> <p>Eine Ausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen begannen im Beratungsjahr 2008/2009 insgesamt 42.547 Personen, davon 16.880 Personen aus dem Rechtskreis SGB II. Im Jahr 2009 wurden für diese Leistung 1,01 Mio. EUR verausgabt; davon im Rechtskreis SGB III 638 Mio. EUR (2008: insgesamt 978 Mio. EUR, davon im Rechtskreis SGB III 639 Mio. EUR). Die Eingliederungsquote der im Jahr 2008 ausgetretenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer (nur SGB III) betrug 39,6 % (in sozialversicherungspflichtige Ausbildung 18,2 %).</p> <p>Zur Stabilisierung von Ausbildungsverhältnissen und Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen wurden während einer betrieblichen Ausbildung im Beratungsjahr 69.267 Personen, davon 4.306 Personen aus dem Rechtskreis</p>

SGB II, mit ausbildungsbegleitenden Hilfen unterstützt. Der finanzielle Aufwand belief sich 2009 auf 95 Mio. EUR, davon im Rechtskreis SGB III 88 Mio. EUR (2008: insgesamt 104 Mio. EUR, davon im Rechtskreis SGB III 95 Mio. EUR).

Im Rahmen des § 421r SGB III kann Arbeitgebern ein Ausbildungsbonus für die zusätzliche Ausbildung insbesondere von Jugendlichen, die bereits im Vorjahr einen Ausbildungsplatz gesucht haben, sowie für die Übernahme von Auszubildenden, deren Ausbildungsbetrieb wegen einer Insolvenz, Stilllegung oder Schließung die Ausbildung vorzeitig beenden musste, bewilligt werden. Der Ausbildungsbonus wurde im Jahr 2009 für insgesamt 16.694 Fälle bewilligt, die Ausgaben dafür betrugen insgesamt 34 Mio. EUR.

Europäischer Sozialfonds (ESF)

Um den weitreichenden Folgen der Wirtschaftskrise entgegen zu wirken, hat das BMAS kurzfristig am 18. Dezember 2008 zur Beschäftigungssicherung von Arbeitnehmern, die vorübergehend von Arbeitsausfall betroffen sind, zum 01. Januar 2009 eine weitere Förderrichtlinie erlassen. Mit ihr wurden neben Beziehern von Transferkurzarbeitergeld nun auch die Bezieher von konjunkturellem Kurzarbeitergeld und Saison-Kurzarbeitergeld in die ESF-Förderung einbezogen. Im Geschäftsjahr 2009 wurden insgesamt 9.819 Bezieher von Transferkurzarbeitergeld, die an Qualifizierungsmaßnahmen teilgenommen haben, gefördert (Ausgaben 2009: 7,98 Mio. EUR). Für die Förderung von Arbeitnehmern, die konjunkturelles Kurzarbeitergeld bzw. Saison-Kurzarbeitergeld bezogen haben, wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr 27,76 Mio. EUR ausgegeben. Insgesamt nahmen 89.706 Arbeitnehmer die Möglichkeit wahr, sich während ihrer Ausfallzeit weiterzubilden.

Qualifizierungsangebote für alle Kurzarbeitergeldbezieher

Europäischer Globalisierungsfonds (EGF)

Im Haushaltsjahr 2009 erfolgte die positive abrechnungstechnische Überprüfung des EGF Projektes BenQ durch die EU-Kommission. Im ersten komplett abgeschlossenen Vorhaben, BenQ Mobile, konnte schließlich für über 80 % der Teilnehmer eine Beschäftigung konstatiert werden. Im Februar wurde der Förderantrag für die ehemaligen Beschäftigten NOKIA und im August für die Beschäftigten Karmann in Brüssel eingereicht. Mit der Revision des Fonds im Juni 2009 und dessen Ausweitung auf die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise ist nunmehr eine deutliche Erleichterung und Ausweitung der Zugangsbedingungen erreicht. Die arbeitsmarktlichen Beratungen der BA werden weitaus stärker in Anspruch genommen.

Umsetzung des EGF durch die BA

Programm „WeGebAU“

Intention des 2006 gestarteten Programms ist es, eine Anschubfinanzierung für die Weiterbildung von Geringqualifizierten und beschäftigten Älteren insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen zu geben und damit das Bewusstsein für die Herausforderungen des lebenslangen Lernens bei allen Beteiligten zu stärken. Durch die Teilnahme an einer Weiterbildung sollen Beschäftigungschancen und Beschäftigungsfähigkeit erhalten bzw. erweitert werden. Gleichzeitig kann durch die Qualifizierung ein Beitrag zur Deckung des Fachkräftebedarfs geleistet werden. Im Rahmen des Konjunkturpaketes II wurde mit der neuen gesetzlichen Regelung des § 412t Abs. 4 SGB III eine Erweiterung des förderbaren Personenkreises auf alle Fachkräfte möglich, die in den letzten vier Jahren an

Weiterbildung Geringqualifizierter und Älterer

Steigerung der Inanspruchnahme des Programms

keiner öffentlich geförderten Weiterbildung teilgenommen haben. Im Jahr 2009 sind mit einem Ausgabemittelvolumen in Höhe von bundesweit 332,3 Mio. EUR insgesamt 95.402 Förderungen erfolgt. Davon waren 10.551 für Ältere ab 45 Jahren in Betrieben mit weniger als 250 Arbeitnehmern. Für 34.930 Arbeitnehmer erhielten Arbeitgeber einen Arbeitsentgeltzuschuss.

*Weiterbildung von
Kurzarbeitern*

Qualifizierung während Kurzarbeit – Programm „FbW während Kug“

Die BA hat erstmals im Jahr 2009 im Rahmen des vom Verwaltungsrat initiierten Programms „FbW während Kug“ die Weiterbildung der Bezieher von Kurzarbeitergeld (Kug) mit Weiterbildungskosten gefördert, soweit es sich um den Personenkreis der Geringqualifizierten i. S. von § 77 Abs. 2 SGB III handelt. Mit der Förderung sollen infolge der Wirtschaftslage auftretende Zeiten der Nichtbeschäftigung für berufliche Weiterbildung genutzt werden. Im Jahr 2009 sind mit einem Ausgabemittelvolumen in Höhe von bundesweit 31,6 Mio. EUR insgesamt 23.700¹ Förderungen erfolgt.

Förderung der Teilhabe behinderter und schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben

Die BA definiert ihre Rolle als Träger der beruflichen Rehabilitation nicht nur in der Umsetzung des gesetzlichen Auftrages, sondern sieht sich auch als Impulsgeber und Begleiter bei der (Weiter-)Entwicklung von Teilhabeleistungen im Sinne der Menschen mit Behinderung.

Unterstützte Beschäftigung

Mit der 2009 eingeführten Unterstützten Beschäftigung (UB) hat der Gesetzgeber ein integratives Förderinstrument geschaffen, das behinderten Menschen neue Chancen zur Teilhabe am Arbeitsleben eröffnet. Durch die Aufnahme der UB in das SGB IX wurde ein Personenkreis in den Fokus gerückt, für den bisher mit den herkömmlichen Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben eine Integration in Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nicht eröffnet werden konnte und die Eingliederung in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) vielfach als der einzig verbleibende Weg zur Teilhabe am Arbeitsleben angesehen wurde. Im Sinne einer modernen Behindertenpolitik sollen durch Unterstützte Beschäftigung mehr behinderte Menschen unter Berücksichtigung ihres Wunsch- und Wahlrechts die Möglichkeit haben, auch ohne formale Abschlüsse in den allgemeinen Arbeitsmarkt integriert zu werden. Dies entspricht auch der Zielsetzung der Konvention der Vereinten Nationen zu den Rechten behinderter Menschen. Die BA hat als erster und bislang einziger Rehabilitationsträger im Laufe des Jahres 2009 ein bundesweit flächendeckendes Angebot für Unterstützte Beschäftigung geschaffen, mit dem rund 2.300 Personen gefördert werden können.

*Schwerpunkt:
Berufliche Ersteingliederung*

Die BA ist der maßgebliche Rehabilitationsträger für die erstmalige Eingliederung in das Erwerbsleben junger behinderter Menschen. Von den im Jahr 2009 insgesamt 71.931 (2008: 69.018) in die Betreuung übernommenen Rehabilitanden sind 68,4 % (2008: 67,6 %) dem Bereich der Ersteingliederung zuzuordnen.

¹ geschätzt, mit Datenstand Dezember 2009

Im Jahresdurchschnitt 2009 besuchten insgesamt 42.234 behinderte Menschen im Rahmen der beruflichen Ersteingliederung eine berufsfördernde Maßnahme mit dem Ziel eines Berufsabschlusses (2008: 42.686). Weitere 17.406 Jugendliche (2008: 17.278) befanden sich in berufsvorbereitenden Maßnahmen.

Im Rahmen der beruflichen Wiedereingliederung wurden im Jahresdurchschnitt 2009 13.479 behinderte Menschen (2008: 13.860) in Weiterbildungsmaßnahmen qualifiziert.

*Förderung der
Wiedereingliederung*

Im Eingangsverfahren und Berufsbildungsbereich einer WfbM wurden im Jahresdurchschnitt 2009 insgesamt 23.075 Personen (2008: 27.350) gefördert. Es handelt sich hierbei um behinderte Personen, die aufgrund ihres Leistungsvermögens nicht bzw. noch nicht für eine Tätigkeit unter den Anforderungen des allgemeinen Arbeitsmarktes in Frage kommen.

*Werkstatt für behinderte
Menschen und Alternativen*

Die BA ist als Rehabilitationsträger auch für erwerbsfähige Hilfebedürftige aus dem Rechtskreis SGB II zuständig; die im Haushalt der BA bereitgestellten Fördermittel werden auch für diesen Personenkreis in Anspruch genommen. Bei Maßnahmen der beruflichen Erstausbildung und in Werkstätten für behinderte Menschen ist grundsätzlich von der Leistungsverpflichtung der BA für beide Rechtskreise auszugehen. Im Bereich der Wiedereingliederung besteht in der Regel eine originäre Leistungsverpflichtung der Träger der Grundsicherung für erwerbsfähige Hilfebedürftige in ihrer Zuständigkeit.

Die BA hat im Jahr 2009 aus dem Budget SGB III für die Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben 2,39 Mrd. EUR (2008: 2,30 Mrd. EUR) investiert. Die Ausgaben im Bereich SGB II für Rehabilitations-Leistungen lagen 2009 bei 116 Mio. EUR (2008: 109 Mio. EUR).

Finanzieller Einsatz

Für die besondere Förderung schwerbehinderter Menschen – vorrangig Eingliederungszuschüsse an Arbeitgeber bei Einstellung eines schwerbehinderten Menschen – wurden für Personen aus dem Rechtskreis SGB III insgesamt 125 Mio. EUR (2008: 122 Mio. EUR), für Personen im Rechtskreis SGB II 40 Mio. EUR (2008: 36 Mio. EUR) aufgewendet.

Kurzarbeit

Arbeitnehmern wird konjunkturelles Kurzarbeitergeld nach §§ 169 ff. SGB III gezahlt, wenn im Betrieb ein unvermeidbarer, vorübergehender Arbeitsausfall eintritt, der auf wirtschaftlichen Ursachen oder unabwendbaren Ereignissen beruht. Das Kurzarbeitergeld ist ein teilweiser Lohnersatz und soll dazu beitragen, den Arbeitnehmern die Arbeitsplätze und dem Betrieb die eingearbeiteten Mitarbeiter zu erhalten.

*Kurzarbeitergeld wird an
Arbeitnehmer gewährt
und soll diesen die Arbeits-
plätze und dem Betrieb
die eingearbeiteten
Mitarbeiter erhalten*

Wegen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 wurde das Instrument „Kurzarbeitergeld“ ein wichtiger Garant zur Erhaltung der Arbeitsplätze. Zur Steigerung der Attraktivität wurden mit dem Konjunkturpaket II und der „Kug-Plus“-Regelung wesentliche Verbesserungen beim Kurzarbeitergeld für den Zeitraum vom 01. Februar 2009 bis zum 31. Dezember 2010 erreicht:

- Häufige Erstattung der Beiträge zur Sozialversicherung in pauschalierter Form, die auf Kurzarbeit entfallen, in den ersten 6 Bezugsmonaten
- Ggf. bei Weiterbildung der Arbeitnehmer während Kurzarbeit volle Erstattung der SV-Beiträge ab dem 1. Monat des Bezugs
- Volle Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge ab dem 7. Kug-Bezugsmonat
- Alternatives Mindestanfordernis, dass 10 % Arbeitsausfall bei einem Arbeitnehmer zur Erfüllung der Grundvoraussetzungen für Kurzarbeitergeld ausreichen
- Fiktive Erhöhung des Sollentgelts bei Geltung kollektivrechtlicher Beschäftigungssicherungsvereinbarungen
- Gewährung von Kurzarbeitergeld auch an Leiharbeiternehmer
- Vereinfachung des Verwaltungsverfahrens bei der Beantragung und Abrechnung.

Im geschätzten Jahresdurchschnitt 2009 arbeiteten 1,11 Mio. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kurz (2008: 101.540); dies entspricht dem Erhalt von ca. 300.000 bis 400.000 Arbeitsplätzen. Die Zahl der betroffenen Betriebe veränderte sich von 10.052 auf geschätzte 50.000. Die Ausgaben für konjunkturelle Kurzarbeit betrugen im Jahr 2009 4,573 Mrd. EUR (2008: 110 Mio. EUR); darunter 2,975 Mrd. EUR konj. Kurzarbeitergeld und 1,598 Mrd. EUR Erstattung SV-Beiträge.

Winterbau/Saison-Kurzarbeitergeld

Das Saison-Kurzarbeitergeld trägt zur Stabilisierung der Beschäftigungsverhältnisse in der Bauwirtschaft bei

Mit der Gewährung des Saison-Kurzarbeitergeldes (Saison-Kug) können Arbeitnehmer der Bauwirtschaft bei wirtschaftlichen oder witterungsbedingten Arbeitsausfällen in der Schlechtwetterzeit weiterbeschäftigt und müssen nicht in die Arbeitslosigkeit entlassen werden. Neben dem Saison-Kug werden dem Arbeitgeber die von ihm allein zu tragenden Sozialversicherungsbeiträge in voller Höhe erstattet, die Ausfallstunde ist für den Bau-Arbeitgeber damit nahezu kostenneutral. Gewerbliche Bauarbeitnehmer erhalten steuer- und sozialversicherungsfrei umlagefinanziertes Mehraufwands-Wintergeld und Zuschuss-Wintergeld.

Im Jahr 2009 wurden 123.390 Leistungsanträge (Saison-Kurzarbeitergeld und ergänzende Leistungen) für 1.224.402 Arbeitnehmer abgerechnet.

Für das beitragsfinanzierte Saison-Kurzarbeitergeld wurden 2009 insgesamt 350 Mio. EUR einschließlich der hälftigen Übernahme der SV-Beiträge ab Februar 2009 (2008: 177 Mio. EUR) aufgewendet. Die umlagefinanzierten Ausgaben für Mehraufwands-Wintergeld, Zuschuss-Wintergeld und Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen an Arbeitgeber betrugen 269 Mio. EUR (2008: 267 Mio. EUR).

Altersteilzeit

Altersteilzeit mit Beginn nach dem 31. Dezember 2009 kann nicht mehr durch die BA gefördert werden

Leistungen nach dem Altersteilzeitgesetz werden Arbeitgebern für Arbeitnehmer gewährt, die das 55. Lebensjahr vollendet und mit dem Arbeitgeber Altersteilzeit vereinbart haben. Förderleistungen der Arbeitslosenversicherung können für die Zeit ab dem 1. Januar 2010 nur noch erbracht werden, wenn die Altersteilzeit vor diesem Zeitpunkt begonnen hat. Altersteilzeitvereinbarungen, die nach dem 31. Dezember 2009 vereinbart werden, sind zwar rechtlich möglich, sie können aber nicht mehr durch die BA gefördert werden. Im Berichtsjahr wurden bundesweit rund 49.000 Anträge auf Anerkennung der Fördervoraussetzungen bewilligt (2008 insgesamt: 46.000). Am 31. Dezember 2009 nahmen rund 95.500

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geförderte Altersteilzeitarbeit in Anspruch (am 31. Dezember 2008 waren es noch rund 100.000). In rund 33.800 Fällen besetzten arbeitslose Arbeitnehmer und in rund 55.350 Fällen Arbeitnehmer nach Abschluss der Ausbildung die freigemachten Arbeitsplätze. In den restlichen Fällen (rund 6.350) stellten Kleinunternehmen einen Auszubildenden ein bzw. wurden Bezieher von Arbeitslosengeld II als Wiederbesetzer beschäftigt.

Die BA hat die Altersteilzeitarbeit im Jahr 2009 mit 1,32 Mrd. EUR gefördert (2008 insgesamt: 1,36 Mrd. EUR). Hiervon entfielen auf Ostdeutschland 174 Mio. EUR (2008 ebenfalls 174 Mio. EUR).

Neuausrichtung der Arbeitsmarktdienstleistungen im SGB II

Die neu eingeführte Regelung der Freien Förderung (§ 16f SGB II) ermöglicht den Grundsicherungsstellen, das gesetzlich geregelte Maßnahmeangebot durch freie Leistungen zur Eingliederung in Arbeit zu erweitern. Mit einem determinierten Maßnahmenkatalog können in der Regel nicht alle denkbaren individuellen Förderbedarfe abschließend geregelt werden. Dies gilt im Besonderen für erwerbsfähige Hilfebedürftige. Deshalb wurde vom Gesetzgeber die Möglichkeit eröffnet, freie Eingliederungsleistungen zu erfinden und damit den Katalog der Regel-/Basisleistungen beschäftigungsorientiert und innovativ zu ergänzen.

Auf dieser Grundlage können existierende Basisleistungen, aber auch innovative individuelle Konzepte zu passgenauen Handlungsmöglichkeiten ausgestaltet und gefördert werden. Mit der Existenzgründung sind vielfach Investitionskosten für Betriebsanlagen und -ausstattung sowie für die Beschaffung eines Fuhrparks verbunden. Durch die Beteiligung an den notwendigen Investitions- und Sachkosten in der Aufbauphase über Förderungen nach § 16c SGB II werden vorhandene Finanzengpässe, die ein aussichtsreiches Gründungsvorhaben behindern können, beseitigt. Im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung wurde die Produktvielfalt gestrafft. Der Wegfall der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen geht in die unterschiedlich gestaltbaren Arbeitsgelegenheiten (AGH in der Mehraufwands- und Entgeltvariante) auf.

Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente im Rechtskreis SGB II

LOHNERSTAZLEISTUNGEN

Insolvenzgeld

Insolvenzgeld wird in Höhe der rückständigen Nettoentgelte gewährt

Die Insolvenzausfallversicherung sichert die rückständigen Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer, die auf die letzten drei Monate des Arbeitsverhältnisses vor dem Insolvenzereignis entfallen. Insolvenzereignis ist meist die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Arbeitgebers oder aber die Abweisung des Antrages auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse. Insolvenzgeld wird in Höhe der rückständigen Nettoentgelte (unter Berücksichtigung einer monatlichen Leistungsbemessungsgrenze) gewährt. Darüber hinaus entrichtet die BA die auf den genannten Zeitraum entfallenden rückständigen Gesamtsozialversicherungsbeiträge an die zuständige Einzugsstelle (Krankenkasse).

Die Ausgaben für Insolvenzgeld betragen im Jahr 2009 insgesamt 1,62 Mrd. EUR (2008 insgesamt: 654 Mio. EUR). Auf Ostdeutschland entfielen 220 Mio. EUR (2008: 124 Mio. EUR).

Arbeitslosengeld/Teilarbeitslosengeld

Für Arbeitslosengeld und Teilarbeitslosengeld wendet die BA 2009 17,29 Mrd. EUR auf

Für Arbeitslosengeld und Teilarbeitslosengeld (einschließlich Erstattungen an ausländische Versicherungsträger) hat die BA im Jahr 2009 17,29 Mrd. EUR (2008: 13,86 Mrd. EUR) aufgewendet. Im Gesamtbetrag sind 2,9 Mrd. EUR für Krankenversicherungsbeiträge, 3,9 Mrd. EUR für Rentenversicherungsbeiträge und 0,4 Mrd. EUR für Pflegeversicherungsbeiträge enthalten.

Im Berichtsjahr betrug der durchschnittliche monatliche Anspruch (ohne Sozialversicherungsbeiträge) für einen Arbeitslosengeld-Empfänger 746,43 EUR (2008: 733 EUR).

Freiwillige Weiterversicherung

Seit dem 1. Februar 2006 besteht für pflegende Angehörige, selbstständig Tätige und Auslandsbeschäftigte (außerhalb der EU) die Möglichkeit der freiwilligen Weiterversicherung in der Arbeitslosenversicherung. Zeiten der freiwilligen Weiterversicherung sind anwartschaftsbegründend für das Arbeitslosengeld.

Insgesamt wurden rund 98.121 Anträge (2008: 76.323) auf freiwillige Weiterversicherung gestellt, von denen rund 5.918 (2008: 5.158) abgelehnt wurden. Die Beitragseinnahmen beliefen sich auf rund 33,9 Mio. EUR (2008: 30,1 Mio. EUR).

Sperrzeiten

Es treten insgesamt 843.071 Sperrzeiten ein

Sperrzeiten treten ein, wenn sich SGB III-Kunden versicherungswidrig verhalten. Im Berichtsjahr sind insgesamt 843.071 Sperrzeiten (2008: 741.115) festgestellt worden, hiervon 206.922 (2008: 181.824) wegen Arbeitsaufgabe oder vertragswidrigen Verhaltens und 40.312 (2008: 27.409) wegen Ablehnung einer zumutbaren Beschäftigung, einer Bildungsmaßnahme oder wegen eines Maßnahmeabbruchs und 242.870 (2008: 213.129) wegen eines Meldeversäumnisses. Wegen unzureichender Eigenbemühungen sind 10.888 (2008: 10.507) und wegen verspäteter Arbeitsuchendmeldung 342.079 (2008: 294.015) Sperrzeiten eingetreten. Während der Sperrzeiten wurde das Arbeitslosengeld nicht ausgezahlt. Die Anspruchsdauer verminderte sich um die Tage der Sperrzeit, bei 12-wöchiger

Sperrzeit wegen Arbeitsaufgabe mindestens um ein Viertel der Anspruchsdauer. Darüber hinaus erlosch in weiteren 6.650 Fällen (2008: 6.625) der Anspruch auf Leistungen, weil Arbeitsuchende Anlass für den Eintritt von Sperrzeiten mit einer Dauer von insgesamt mindestens 21 Wochen gegeben hatten.

Widersprüche und Klagen¹

Die Zahl der erhobenen Widersprüche gegen Entscheidungen der Dienststellen der BA hat sich im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht. Sie betrug 357.331 (2008: 327.507). Hauptursache ist die Zunahme der Arbeitslosigkeit, diese bewirkt auch ein erhöhtes Widerspruchsaufkommen.

Die Zahl der erhobenen Klagen vor den Sozialgerichten ist leicht angestiegen auf 28.807 (2008: 28.268). In ca. 90 % der Fälle blieben Widerspruchsbescheide unangefochten. Die Zahl der unerledigten Klagen belief sich am Jahresende auf 41.622. Die Zahl der Berufungen vor den Landessozialgerichten betrug rund 2.233 (2008: 2.639) und ist erneut zurückgegangen.

Die Gesamtzahl der neu anhängigen Verfahren vor dem Bundessozialgericht unter Beteiligung der BA (Revisionen, Beiladungen, Nichtzulassungsbeschwerden) blieb mit 394 Verfahren (2008: 395) nahezu unverändert.

¹ *Angelegenheiten nach dem Sozialgerichtsgesetz, Bereich SGB III*

ANHANG

Haushalt der BA und Finanzmittel des Bundes, der Länder und sonstiger Stellen	57
Haushalt der BA	61
Finanz- und Wirtschaftskrise verschont 2009 den Arbeitsmarkt, belastet jedoch die Beitragszahler	61
Eckdaten zum Arbeitsmarkt	62
Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen	62
Wichtige arbeitsmarktpolitische Instrumente	63
Beiträge zur Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung	63
Arbeitslosigkeit und aktive Arbeitsförderung von Frauen	64
Eckdaten Frauen am Arbeitsmarkt	65
Personalstatistik	65
Vorstand der Bundesagentur für Arbeit	66
Mitglieder des Verwaltungsrates der Bundesagentur für Arbeit	67

Haushalt der BA und Finanzmittel des Bundes, der Länder und sonstiger Stellen

Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsjahr 2009 in EUR

	Haushaltssoll 2009	Istergebnis 2009	gegenüber dem Soll mehr oder weniger (-)
I. Einnahmen im Haushalt der BA	34.706.840.000,00	34.253.782.565,09	- 453.057.434,91
Beiträge	22.447.000.000,00	22.046.113.696,95	- 400.886.303,05
Beteiligung des Bundes an der Arbeitsförderung	7.777.000.000,00	7.777.000.000,00	0,00
Verwaltungskostenerstattung SGB II	2.532.490.000,00	2.570.154.907,42	37.664.907,42
Sonstige Einnahmen	1.950.350.000,00	1.860.513.960,72	- 89.836.039,28
Winterbeschäftigungs-Umlage	305.000.000,00	289.026.430,93	- 15.973.569,07
Insolvenzgeld-Umlage	731.000.000,00	710.615.866,25	- 20.384.133,75
Europäischer Sozialfonds (ESF)	16.000.000,00	0,00	- 16.000.000,00
Verwaltungskostenerstattungen	248.150.000,00	257.190.425,52	9.040.425,52
Mittel aus dem Ausgleichsfonds	90.000.000,00	96.853.829,89	6.853.829,89
Erträge aus der Rücklage	450.000.000,00	400.059.397,55	- 49.940.602,45
Verwaltungseinnahmen und sonstige Erstattungen	110.200.000,00	106.768.010,58	- 3.431.989,42
davon ab: Summe der Ausgaben (Summe IV)	45.635.670.000,00	48.057.300.119,97	2.421.630.119,97
Finanzierungssaldo	- 10.928.830.000,00	- 13.803.517.554,88	- 2.874.687.554,88
Ausgleich des Finanzierungssaldos durch Entnahme aus der Rücklage		13.803.517.554,88	
II. Einnahmen des Bundes, der Länder und sonstiger Stellen¹		36.942.465.811,64	
1. Bund ¹		36.925.565.465,76	
2. Länder		799.960,44	
3. Sonstige Stellen		16.100.385,44	
Summe der Ausgaben für andere Haushalte und Stellen		36.942.465.811,64	
Überschuss (+)/Fehlbetrag (-)		0,00	
III. Gesamteinnahmen (Summe I und II)		71.196.248.376,73	
Gesamtausgaben (Summe VI)¹		84.999.765.931,61	
Überschuss (+)/Fehlbetrag (-)		- 13.803.517.554,88	
IV. Ausgaben aus dem Haushalt der BA	45.635.670.000,00	48.057.300.119,97	2.421.630.119,97
1. Eingliederungstitel gemäß § 71b SGB IV	4.478.800.000,00	3.631.191.587,87	- 847.608.412,13
Deckungsmittel für Entgelte befristeter Beschäftigter	250.000.000,00	Ausgaben im Kapitel 5	
Ermessensleistungen der aktiven Arbeitsförderung	4.228.800.000,00	3.631.191.587,87	- 597.608.412,13
Wirkungsorientiertes Budget	3.392.300.000,00	3.206.795.866,26	- 185.504.133,74
Integrationsorientierte Instrumente		2.226.632.020,17	
Teilnahmekosten Förderung der beruflichen Weiterbildung (FbW)		1.071.366.255,50	
Eingliederungszuschüsse (EGZ)		608.228.739,89	
Arbeitsentgeltzuschuss bei Weiterbildung Beschäftigter (AEZ-WB)		4.811.658,97	
Aktivierung und berufliche Eingliederung		185.400.860,71	
Vermittlungsbudget		149.831.322,78	
Reisekosten bei Meldungen nach § 309 SGB III		1.515.562,93	
Wegfallende Instrumente (Restabwicklung)		205.477.619,39	

Haushalt der BA und Finanzmittel des Bundes, der Länder und sonstiger Stellen

Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsjahr 2009 in EUR

	Haushaltssoll 2009	Istergebnis 2009	gegenüber dem Soll mehr oder weniger (-)
Spezielle Maßnahmen für Jüngere		826.723.943,64	
Förderung der Berufsausbildung benachteiligter Auszubildender		728.333.988,07	
Berufseinstiegsbegleitung		35.448.268,12	
Einstiegsqualifizierung		54.788.802,73	
Vertiefte Berufsorientierung		8.152.884,72	
Integrationsfortschrittsorientierte Instrumente		112.434.614,79	
Ganzheitliche Integrationsleistung für Betreuungskunden (Ganzll)		103.447.604,95	
Sonderprogramm IfB 2007 (Restabwicklung)		8.987.009,84	
Marktersatz		41.005.287,66	
Qualifizierung von Leiharbeitnehmern	200.000.000,00	84.075,77	- 199.915.924,23
Qualifizierung während Kurzarbeit	150.000.000,00	31.646.453,61	- 118.353.546,39
Erprobung innovativer Ansätze	16.500.000,00	0,00	- 16.500.000,00
Präventive Sondermaßnahmen für Jugendliche	70.000.000,00	60.329.244,85	- 9.670.755,15
Weiterbildung Geringqualifizierter und beschäftigter Älterer in Unternehmen (WeGebAU)	400.000.000,00	332.335.947,38	- 67.664.052,62
2. Sonstige Leistungen der aktiven Arbeitsförderung	10.730.350.000,00	13.180.470.629,82	2.450.120.629,82
Förderung der Berufsausbildung	1.002.500.000,00	951.676.492,47	- 50.823.507,53
Berufsausbildungsbeihilfe	581.800.000,00	583.981.017,07	2.181.017,07
Teilnahmekosten für berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	350.200.000,00	333.425.996,26	- 16.774.003,74
Ausbildungsbonus	70.500.000,00	34.269.479,14	- 36.230.520,86
Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben	2.546.900.000,00	2.517.332.999,07	- 29.567.000,93
Förderung schwerbehinderter Menschen			
Pflichtleistungen zur Förderung der Teilhabe	2.333.900.000,00	2.332.331.561,96	- 1.568.438,04
Kannleistungen zur Förderung der Teilhabe	62.600.000,00	60.111.941,41	- 2.488.058,59
Leistungen für schwerbehinderte Menschen	150.400.000,00	124.889.495,70	- 25.510.504,30
Förderung der beruflichen Selbstständigkeit	1.675.850.000,00	1.579.496.412,18	- 96.353.587,82
Existenzgründungszuschüsse	19.750.000,00	22.766.306,10	3.016.306,10
Gründungszuschuss	1.656.100.000,00	1.556.730.106,08	- 99.369.893,92
Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung	1.072.000.000,00	1.135.647.614,27	63.647.614,27
Sonstige Leistungen	4.433.100.000,00	6.996.317.111,83	2.563.217.111,83
Nachträglicher Erwerb des Hauptschulabschlusses für Arbeitnehmer	26.300.000,00	667.889,48	- 25.632.110,52
Konjunkturelles Kurzarbeitergeld (Kug)	1.544.000.000,00	2.975.430.951,61	1.431.430.951,61
Erstattung der Beiträge zur Sozialversicherung an Arbeitgeber bei Kug	556.000.000,00	1.598.435.991,23	1.042.435.991,23
Förderung der ganzjährigen Beschäftigung	461.200.000,00	619.613.740,19	158.413.740,19
Saison-Kurzarbeitergeld (Saison-Kug)	190.000.000,00	291.597.760,09	101.597.760,09
Ergänzende Leistungen (Wintergeld, Erstattung SV-Beiträge bei Saison-Kug)	271.200.000,00	328.015.980,10	56.815.980,10
Transferleistungen (Transfer-Kug, Transfermaßnahmen)	176.800.000,00	308.378.766,63	131.578.766,63
Qualifizierung bei Transfer-Kug (ESF) und ESF-Förderperiode 2000 .. 2006	18.000.000,00	7.856.798,11	- 10.143.201,89

Haushalt der BA und Finanzmittel des Bundes, der Länder und sonstiger Stellen

Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsjahr 2009 in EUR

	Haushaltssoll 2009	Istergebnis 2009	gegenüber dem Soll mehr oder weniger (-)
ESF-mitfinanzierte Qualifizierung während Kug oder Saison-Kug	16.500.000,00	27.764.084,64	11.264.084,64
Eingliederungsgutscheine für ältere Arbeitnehmer (EGG, Pflicht- und Ermessensleistung)	92.100.000,00	39.209.028,65	- 52.890.971,35
Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer (EGS)	77.100.000,00	59.418.874,59	- 17.681.125,41
Altersteilzeitleistungen	1.400.000.000,00	1.313.109.422,56	- 86.890.577,44
Vermittlungsgutscheine	60.000.000,00	45.147.917,41	- 14.852.082,59
Leistungen von geringem finanziellen Umfang und auslaufende Leistungen, zusammen	5.100.000,00	1.283.646,73	- 3.816.353,27
3. Leistungen zum Ersatz des Arbeitsentgelts bei Arbeitslosigkeit und bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers, Erstattungen an die Renten- und Pflegeversicherung sowie Eingliederungsbeitrag der BA	22.879.560.000,00	23.945.661.122,03	1.066.101.122,03
Eingliederungsbeitrag	4.866.260.000,00	4.866.259.600,88	- 399,12
Erstattungen an die Renten- und Pflegeversicherung	190.000.000,00	171.621.153,42	- 18.378.846,58
Arbeitslosengeld/Erstatt. an ausl. Vers.-Träger	17.179.300.000,00	17.290.578.205,40	111.278.205,40
Insolvenzgeld	644.000.000,00	1.617.202.162,33	973.202.162,33
4. Verwaltungsausgaben und Beitragseinzug	5.504.470.000,00	5.397.798.325,10	- 106.671.674,90
Einzugskostenvergütung	465.400.000,00	465.373.888,12	- 26.111,88
Verwaltungsausgaben der BA für SGB III	5.039.070.000,00	4.932.424.436,98	- 106.645.563,02
Für Aufgaben der Familienkasse und zur Implementierung zusätzlicher Personalressourcen	440.320.000,00	0,00	- 440.320.000,00
Personalausgaben	3.432.880.000,00	3.781.550.118,51	348.670.118,51
Sonstige Verwaltungsausgaben	1.165.870.000,00	1.150.874.318,47	- 14.995.681,53
5. Verwaltungsausgaben der BA im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende	2.042.490.000,00	1.902.178.455,15	- 140.311.544,85
darunter: Ausgaben für überörtliche Aufgaben (üKo)	104.900.000,00	96.094.512,03	- 8.805.487,97
V. Ausgaben für den Bund, die Länder und sonstige Stellen^{1,2}		36.942.465.811,64	
1. Haushaltsmittel des Bundes ¹		36.925.565.465,76	
a) Durchführung von Integrationskursen nach der Integrationskursverordnung (Kap. 0633 Tit. 684 02)		- 7.962,36	
b) Erstattung von Verwaltungskosten an die BA für die Durchführung des Familienleistungsausgleichs nach dem Einkommensteuergesetz (Kap. 0803 Tit. 636 01)		210.650.000,00	
c) Anpassungsbeihilfen (Kap. 0902 Tit. 681 11)		- 140,68	
d) Kommunikative Begleitung der Implementierung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Kap. 1101 Tit. 541 01)		97.897,54	

Haushalt der BA und Finanzmittel des Bundes, der Länder und sonstiger Stellen

Einnahmen und Ausgaben im Haushaltsjahr 2009 in EUR

	Haushaltssoll 2009	Istergebnis 2009	gegenüber dem Soll mehr oder weniger (-)
e) Kosten für die Durchführung des Arbeitssicher- stellungsgesetzes; Europäischer Globalisierungsfonds (Kap. 1102 Tit. 636 01, 686 21)		4.090.644,47	
f) Leistungen nach dem SGB II und SGB III sowie gleichartige Leistungen (Kap. 1112)		36.167.957.738,89	
dar.: Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Tgr. 01)		28.384.552.911,63 ⁴	
g) Absicherung von ehemaligen Soldatinnen und Soldaten auf Zeit gegen die wirtschaftlichen Folgen der Arbeitslosigkeit (Kap. 1403 Tit. 433 71)		15.296.551,10	
h) Kindergeld (ohne steuerrechtliches Kindergeld) ¹ (Kap. 1710 Tit. 636 11, 681 13, 681 14, 681 18, 681 19)		506.265.999,03	
i) Vorbereitung und Ausbildung von Personal für eine Tätigkeit auf dem Gebiet der entwicklungspoliti- schen Zusammenarbeit, Zuschüsse an integrierte und rückkehrende Fachkräfte, Leistungen nach dem Entwicklungshelfer-Gesetz (Kap. 2302 Tit. 681 02, 685 08, 686 13)		21.214.737,77	
2. Haushaltsmittel der Länder		799.960,44	
3. Finanzmittel sonstiger Stellen ²		16.100.385,44	
VI. Gesamtausgaben (Summe IV und V)^{1, 2, 3}		84.999.765.931,61	

¹ Ausgaben für Kindergeld sind nicht enthalten, soweit diese durch die Familienkassen zu Lasten des Bundeshaushalts bei der Einnahmezweckbestimmung Kap. 6001 Tit. 011 01 – Lohnsteuer – geleistet wurden. Im Jahr 2009 beliefen sich die Ausgaben auf 31.466.878.550,11 EUR.

² Nicht enthalten sind folgende über die Finanzsysteme der BA realisierten Ausgaben:

- Kosten von Unterkunft und Heizung (KdU) in kommunaler Trägerschaft (§ 6 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 SGB II): 11.923.611.479,62 EUR;
- Verwaltungsausgaben der Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) und Arbeitsagenturen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung (AAgAw) im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende: 1.721.558.315,66 EUR;
- Aufwendungen des Versorgungsfonds der BA: 590.411.158,20 EUR, darunter 264.400.431,95 EUR für laufende Versorgungsansprüche; zur Finanzierung dieser Ausgaben wurden dem Versorgungsfonds u.a. aus dem Haushalt der BA 485.878.925,54 EUR zugeführt

³ Das Gesamtvolumen aller im Jahr 2009 über die Finanzsysteme der BA realisierten Ausgaben beläuft sich auf 130.702.225.435,20 EUR.

⁴ Das in der Druckversion des Geschäftsberichts 2009 ausgewiesene Istergebnis von 36.002.043.186,11 EUR ist falsch.

Haushalt der BA

Einnahmen und Ausgaben 2007–2009 in EUR

	2007	2008	2009
Einnahmen	42.838.386.253,69	38.289.175.761,85	34.253.782.565,09
Beiträge zur Arbeitsförderung	32.263.683.050,50	26.451.742.346,85	22.046.113.696,95
Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung	6.468.000.000,00	7.583.000.000,00	7.777.000.000,00
Verwaltungskostenerstattungen SGB II	2.195.665.292,70	2.261.604.138,80	2.570.154.907,42
Umlagen und sonstige Einnahmen	1.911.037.910,49	1.992.829.276,20	1.860.513.960,72
Ausgaben	36.195.896.601,70	39.407.011.587,22	48.057.300.119,97
Eingliederungstitel	2.507.110.307,67	2.889.299.425,80	3.631.191.587,87
Weitere Leistungen der aktiven Arbeitsförderung	7.916.407.055,20	7.851.982.299,68	13.180.470.629,82
Förderung der Berufsausbildung	845.149.204,28	859.887.379,62	951.676.492,47
Förderung der Teilhabe behinderter und schwerbehinderter Menschen	2.291.475.926,34	2.419.330.469,09	2.517.332.999,07
Förderung der beruflichen Selbstständigkeit	1.818.191.710,23	1.638.872.650,17	1.579.496.412,18
Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung	747.576.497,08	738.749.449,67	1.135.647.614,27
Sonstige (Altersteilzeitleistungen, Kurzarbeitergeld, Förderung ganzjähriger Beschäftigung etc.)	2.214.013.717,27	2.195.142.351,13	6.996.317.111,83
Leistungen zum Ersatz des Arbeitsentgelts bei Arbeitslosigkeit und bei Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers	19.765.017.822,92	19.691.726.508,06	23.945.661.122,03
Eingliederungsbeitrag (2006 und 2007: Aussteuerungsbetrag)	1.944.688.885,92	5.000.000.000,00	4.866.259.600,88
Erstattungen an die Renten- und Pflegeversicherung	189.681.786,31	173.536.467,12	171.621.153,42
Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit/Erstattungen an ausländische Versicherungsträger	16.934.061.766,26	13.864.394.172,61	17.290.578.205,40
Insolvenzgeld	696.585.384,43	653.795.868,33	1.617.202.162,33
Kosten des Beitragseinzugs und Verwaltung	6.007.361.415,91	6.474.003.353,68	7.299.976.780,25
Einzugsstellenvergütung	481.230.414,67	482.327.836,36	465.373.888,12
Verwaltungsausgaben der BA für den Rechtskreis SGB III	3.414.514.002,71	4.012.576.204,11	4.932.424.436,98
Verwaltungsausgaben der BA im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende	2.111.616.998,53	1.979.099.313,21	1.902.178.455,15
Erstmalige Zuweisung in den Versorgungsfonds der BA		2.500.000.000,00	
Saldierte Entnahme aus den Rücklagen		1.117.835.825,37	13.803.517.554,88
Saldierte Zuführung an die Rücklagen	6.642.489.651,99		

Finanz- und Wirtschaftskrise verschont 2009 den Arbeitsmarkt, belastet jedoch die Beitragszahler

Bestand Beitragspflichtige
(gleitender Jahresdurchschnitt, Mio.)

25,61 25,69 26,33 26,93 26,76



2005 2006 2007 2008 2009

Zahl der Beitragspflichtigen von Dezember 2008 bis November 2009 um 0,6 % zurückgegangen

Bestand Arbeitslose
(Jahresdurchschnitt, Mio.)

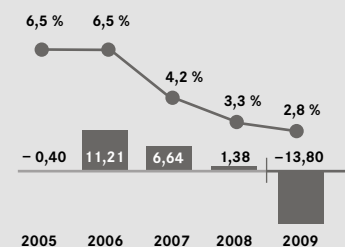
4,86 4,49 3,78 3,27 3,42



2005 2006 2007 2008 2009

4,8 % mehr Arbeitslose als im Vorjahr

Operativer Finanzierungssaldo
(Mrd. EUR) und **Beitragsatz in der Arbeitslosenversicherung**



2005 2006 2007 2008 2009

13,80 Mrd. EUR Defizit im Jahr 2009 infolge hoher Pflichtausgaben und rückläufigem Beitragsaufkommen

Eckdaten zum Arbeitsmarkt

in Tausend

	2007	2008	2009
Erwerbstätige ¹	39.656	40.220	40.148
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ²	26.855	27.458	27.380
Gemeldete Stellen ³	621	569	486
Arbeitslose ^{3,4}	3.777	3.268	3.423
Arbeitslosenquote ³ (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen)	9,0	7,8	8,2

¹ Erwerbstätige mit Wohnort in Deutschland (Inländerkonzept); vorläufige Ergebnisse; Quelle: Statistisches Bundesamt

² jeweils Ende Juni; Daten ab 2007 vorläufig

³ Jahresdurchschnitt

⁴ Die Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente ab Januar 2009 hat indirekt Auswirkungen auf die Vergleichbarkeit der Arbeitslosenzahlen im Zeitablauf. Weitergehende Informationen sind dem Methodenbericht „Umfassende Arbeitsmarktstatistik“ im Internet <http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/interim/grundlagen/methodenberichte/index.shtml> zu entnehmen.

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach Wirtschaftszweigen

Anzahl Personen im Jahresdurchschnitt insgesamt in Tausend und Frauenanteil in %
Deutschland

	WZ 08*	2007		2008		2009		Insgesamte Veränderung 2008-2009
		Insgesamt	Frauen- anteil in %	Insgesamt	Frauen- anteil in %	Insgesamt	Frauen- anteil in %	
Insgesamt		26.855	45,0	27.458	45,1	27.380	45,8	- 78
Land-, Forstwirtschaft und Fischerei	A	212	32,3	217	32,9	219	32,7	2
Bergbau, Energie- u. Wasserversorg., Entsorgungswirtschaft	B, D, E	542	18,8	546	19,1	551	19,4	5
Verarbeitendes Gewerbe	C	6.398	25,2	6.528	25,1	6.369	25,1	- 159
Baugewerbe	F	1.577	12,7	1.572	12,9	1.572	13,0	0
Handel, Instandhaltung, Rep. von Kfz	G	3.962	51,2	4.023	51,3	4.022	51,8	- 1
Verkehr und Lagerei	H	1.383	25,4	1.420	25,4	1.400	25,5	- 20
Gastgewerbe	I	789	57,5	806	57,7	828	57,7	23
Information und Kommunikation	J	815	36,3	842	36,5	828	35,9	- 14
Erbr. von Finanz- u. Versicherungsdienstl.	K	996	55,7	990	55,9	1.003	56,1	13
Wirtschaftliche Dienstleistungen	L, M, N	3.319	46,7	3.516	46,8	3.380	48,6	- 136
Öffentl. Verw., Verteidigung, Soz.-vers., Ext.Orga.	O, U	1.678	60,5	1.668	60,8	1.692	61,3	24
Erziehung und Unterricht	P	998	66,8	1.028	66,9	1.071	66,9	43
Gesundheits- und Sozialwesen	Q	3.150	80,2	3.236	80,2	3.361	80,2	125
sonst. Dienstleistungen, Private Haushalte	R, S, T	1.032	63,9	1.057	63,9	1.080	64,3	22

* Wirtschaftszweigsystematik 2008

Wichtige arbeitsmarktpolitische Instrumente

Anzahl in Personen im Jahresdurchschnitt in Tausend*

	2007	2008	2009
Kurzarbeit¹	68	102	1.110
Qualifizierung			
Berufliche Weiterbildung ²	148	171	216
Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen ^{2, 3, 4}	77	81	39
Vermittlungsunterstützende Leistungen			
Teilnahmen an Maßnahmen zur Aktivierung und berufl. Eingliederung ⁴	–	–	132
Beschäftigungsbegleitende Leistungen			
Eingliederungszuschüsse	112	127	135
Gründungszuschuss	92	123	126
Überbrückungsgeld	3	–	–
Existenzgründungszuschuss ³	122	41	7
Beschäftigung schaffende Maßnahmen			
Arbeitsgelegenheiten	323	315	322
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	41	40	16
Strukturanpassungsmaßnahmen	2	1	–
Förderung der Berufsausbildung			
Berufsausbildung Benachteiligter ³	125	127	131
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen ³	73	67	68
dar.: Berufliche Rehabilitation³			
Berufliche Ersteingliederung behinderter Menschen	110	107	102
Berufliche Wiedereingliederung behinderter Menschen	25	23	22

* Daten zu 2009 sind vorläufig. Die Förderstatistik basiert ab 2006 auf Informationen aus den IT-Verfahren der BA sowie aus als plausibel bewerteten Datenlieferungen der zugelassenen kommunalen Träger.

¹ Der Jahresdurchschnitt 2009 wurde anhand der bisher vorliegenden Monatswerte Januar bis September 2009 geschätzt.

² Einschließlich der Daten zur Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben; derzeit nicht trennscharf berichtsfähig.

³ Die Hochrechnung am aktuellen Rand ist derzeit aufgrund fehlender Erfahrungswerte oder technisch nicht realisierbar, darum ist der Vergleich mit Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt möglich.

⁴ Die individuelle Förderung der Teilnehmer mit Beginn ab 01. Januar 2009 erfolgt auf Grundlage des zum 01. Januar 2009 eingeführten § 46 SGB III.

Beiträge zur Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung

Mio. EUR (Erhöhung der Ausgaben für die Nettoleistung um %), Deutschland 2009

Leistungen	Nettoleistung	Beiträge zur Krankenversicherung (KV)	Anteil an Netto in %	Beiträge zur Rentenversicherung (RV)	Anteil an Netto in %	Beiträge zur Pflegeversicherung (PV)	Anteil an Netto in %	Summe KV, RV, PV	Anteil an Netto in %
Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit	10.059,2	2.930,8	29,1	3.920,2	39,0	372,6	3,7	7.223,6	71,8
Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung	687,4	197,6	28,8	264,5	38,5	25,2	3,7	487,4	70,9
Übergangsgeld	62,6	16,3	26,0	17,2	27,5	2,1	3,4	35,6	56,9
Ausbildungsgeld	180,9	0,2	0,1	0,3	0,2	0	0	0,5	0,3
gezahltes Insolvenzgeld	1.126,3							629	
zurückgestattetes Insolvenzgeld	– 88,7							– 67,5	
				Sozialversicherungsbeiträge werden nur als Gesamtbetrag ausgewiesen					

Zusätzlich erstattete die BA für die Durchführung der Unfallversicherung der Leistungsbezieher (einschließlich Verwaltungskosten) an die Unfallkasse des Bundes einen Betrag in Höhe von 9,5 Mio. EUR.

Arbeitslosigkeit und aktive Arbeitsförderung von Frauen

Merkmal		Deutschland			Westdeutschland			Ostdeutschland		
		Frauen absolut	Frauenanteile in %		Frauen absolut	Frauenanteile in %		Frauen absolut	Frauenanteile in %	
		2009	2008	2009	2009	2008	2009	2009	2008	2009
Arbeitslose										
Zugang	JS	3.963.947	45,0	42,8	2.736.250	44,8	42,4	1.227.697	45,4	43,9
Bestand	JD	1.555.507	49,0	45,4	1.054.408	49,2	45,4	501.099	48,5	45,4
dar. Langzeitarbeitslose ¹	JD	475.008	52,7	50,9	314.517	52,4	51,1	160.491	53,4	50,7
dar. Berufsrückkehrer ¹	JD	90.959	98,6	98,4	52.026	98,5	98,4	38.933	98,7	98,5
Abgang	JS	3.949.882	45,8	43,8	2.695.391	45,6	43,3	1.254.491	46,1	44,9
dar. in Erwerbstätigkeit (ohne Ausbildung)	JS	1.240.158	39,5	38,6	804.943	39,2	38,2	435.215	40,1	39,3
Arbeitslosenquote	%									
bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen ¹	JD	7,9	8,2		6,8	6,8	12,4	13,4		

Wichtige Leistungen der aktiven Arbeitsförderung (Bestände und Bewilligungen)

Berufliche Weiterbildung^{3,4,5}	JD	96.246	46,9	44,8	65.927	47,5	44,2	30.319	45,7	46,2
Vermittlungsunterstützende Leistungen^{3,5}										
Teilnahmen an Maßnahmen zur Aktivierung und berufl. Eingliederung ⁴	JD	58.461	x	45,1	42.904	x	43,9	15.558	x	48,8
Beschäftigung schaffende Maßnahmen^{3,5}										
Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Abs. 3 SGB II	JD	132.207	42,0	41,2	64.131	38,6	37,9	68.076	46,0	44,8
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	JD	7.327	42,4	45,0	1.441	37,4	38,4	5.885	43,5	47,0
Förderung regulärer Beschäftigung direkte Hilfen^{3,5}										
Eingliederungszuschuss	JD	54.699	38,2	40,9	29.175	34,9	37,9	25.523	42,8	44,8
Einstellungszuschuss bei Neugründungen	JD	610	42,6	46,0	282	39,1	40,6	328	47,0	52,1
Einstellungszuschuss bei Vertretung	JD	104	51,1	63,4	46	44,2	66,0	59	56,3	61,6
Arbeitsentgeltzuschuss	JD	4.204	34,5	34,2	3.223	31,4	31,6	981	48,2	47,1
Gründungszuschuss	JD	46.482	37,3	37,1	34.486	36,5	36,2	11.996	39,8	40,0
indirekte Hilfen^{3,5}										
Trainingsmaßnahmen ^{4,6}	JD	18.287	48,0	47,4	13.256	47,4	46,5	5.031	49,4	50,0
Unterstützung der Beratung und Vermittlung (Bewilligungen)	JS	110.267	52,3	52,2	70.674	52,2	51,7	39.593	52,3	53,2
Mobilitätshilfen (Bewilligungen)	JS	9.467	38,2	44,6	4.013	36,9	40,7	5.454	38,9	47,9
Bewerber für Berufsausbildungsstellen – ab 2009 einschließlich der Daten zugelassener kommunaler Träger (zKT)										
Gemeldet im Berichtsjahr (Zugang) ²	JS	259.268	47,1	46,7	208.947	47,6	46,8	50.254	45,6	46,1
Am Ende des Berichtsjahres ² unversorgte Bewerber	JS	7.583	48,9	46,1	5.526	48,8	46,3	2.056	49,1	45,6

JD = Jahresdurchschnitt, JS = Jahressumme

¹ Ab 2005 ergänzende Auswertungen aus dem IT-Fachverfahren der BA. Die Arbeitslosenstatistik basiert ab 2005 auf Informationen aus den IT-Verfahren der BA, aus als plausibel bewerteten Datenlieferungen zugelassener kommunaler Träger und – sofern keine plausiblen Daten geliefert wurden – auf ergänzenden Schätzungen der Statistik der BA. Ergänzende Auswertungen aus dem IT-Fachverfahren der BA enthalten keine Daten von zugelassenen kommunalen Trägern.

² Die Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente ab Januar 2009 hat indirekt Auswirkungen auf die Vergleichbarkeit der Arbeitslosenzahlen im Zeitablauf. Weitergehende Informationen sind dem Methodenbericht „Umfassende Arbeitsmarktstatistik“ im Internet <http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/interim/grundlagen/methodenberichte/index.shtml> zu entnehmen.

³ Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige)

⁴ Berichtsjahr: 1. Oktober bis 30. September des Folgejahres. Ab Juli 2005 wurde die Berichterstattung der Daten über Bewerber in der regionalen Dimension vom Beratungsort auf den Wohnort umgestellt. Durch nicht zuordenbare Daten sowie im Ausland wohnende Bewerber können sich bei regionalen Auswertungen Differenzen zu den Bundesgebietssummen ergeben. Bis Berichtsjahr 2007/08 ohne Daten der zugelassenen kommunalen Träger (zKT); ab Berichtsjahr 2008/09 einschließlich zKT.

⁵ Daten zu 2009 sind vorläufig. Die Förderstatistik basiert ab 2006 auf Informationen aus den IT-Verfahren der BA sowie aus als plausibel bewerteten Datenlieferungen der zugelassenen kommunalen Träger.

⁶ Einschließlich der Daten zur Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben; derzeit nicht trennscharf berichts-fähig.

⁷ Die Hochrechnung am aktuellen Rand ist derzeit aufgrund fehlender Erfahrungswerte oder technisch nicht realisierbar, daher ist der Vergleich mit Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt möglich.

⁸ Die individuelle Förderung der Teilnehmer mit Beginn ab 01. Januar 2009 erfolgt auf Grundlage des zum 01. Januar 2009 eingeführten § 46 SGB III.

Eckdaten Frauen am Arbeitsmarkt

Anzahl in Personen im Jahresdurchschnitt
insgesamt in Tausend und Frauenanteile in %
Deutschland

	2007		2008		2009	
	Insgesamt	Anteil Frauen	Insgesamt	Anteil Frauen	Insgesamt	Anteil Frauen
Arbeitslose	3.777	49,6	3.268	49,0	3.423	45,4
Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen)	9,0	9,6	7,8	8,2	8,2	7,9
Arbeitslose Berufsrückkehrende	139	98,7	109	98,6	92	98,4
Arbeitslose Alleinerziehende	311	92,5	288	92,6	279	92,0
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	26.855	45,0	27.458	45,1	27.380	45,8
Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte	22.070	36,6	22.443	36,6	22.165	37,0
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte	4.773	83,7	5.003	83,6	5.202	83,4
Geringfügig entlohnt Beschäftigte	6.918	64,3	7.078	64,0	7.192	63,9
darunter ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigte	4.882	67,5	4.882	67,4	4.932	66,8

Personalstatistik

Wichtige Kennzahlen aus dem Personalbereich

Schwerbehindertenquote: ~ 8,5 %

Frauenanteil: ~ 70 %

Teilzeitquote: ~ 22 %

Stellen für Dauerkräfte und Beschäftigungsmöglichkeiten für befristete Kräfte bei der Bundesagentur für Arbeit

	Insgesamt		Arbeitslosenversicherung ¹ und Interner Service sowie Dienstleistung Grundsicherung		Grundsicherung ² ohne Dienstleistung Grundsicherung		Familienkasse	
	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009
Insgesamt	100.221,0	108.781,0	63.306,5	66.261,0	33.426,5	38.619,5	3.488,0	3.900,5
Arbeitnehmer/-innen	63.152,0	72.934,0	37.188,5	41.444,5	22.963,5	28.129,0	3.000,0	3.360,5
Beamte/-innen	20.148,5	19.363,5	14.272,5	13.584,0	5.463,0	5.371,5	413,0	408,0
Kräfte mit befristetem Arbeitsvertrag	12.076,5	11.943,5	7.001,5	6.692,5	5.000,0	5.119,0	75,0	132,0
Nachwuchskräfte	4.844,0	4.540,0	4.844,0	4.540,0				

Quelle: Haushaltsplan der BA für die Jahre 2008 und 2009

¹ Agenturen für Arbeit, Regionaldirektionen, besondere Dienststellen und Zentrale

² Arbeitsgemeinschaften und Agenturen mit getrennter Aufgabenwahrnehmung (Kernaufgaben Grundsicherung) sowie überörtlich wahrzunehmende Aufgaben der Grundsicherung

Vorstand der Bundesagentur für Arbeit

Dr. rer. pol. h.c. Frank-J. Weise

Vorsitzender des Vorstandes

(im Amt seit 19. Februar 2004; Mitglied des Vorstandes seit 29. April 2002)

Heinrich Alt

Mitglied des Vorstandes

(im Amt seit 26. April 2002)

Raimund Becker

Mitglied des Vorstandes

(im Amt seit 19. Februar 2004)

Mitglieder des Verwaltungsrates der Bundesagentur für Arbeit

(Berichtsjahr 2009)

Annelie Buntentbach

Vorsitzende vom
01. Juli 2009 bis 30. Juni 2010

Peter Clever

Stellvertretender Vorsitzender
vom 01. Juli 2009 bis 30. Juni 2010

■ Gruppe der Arbeitnehmer

Dr. Wilhelm Adamy

Deutscher Gewerkschaftsbund

Michaela Rosenberger

Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten

Mitglied

Egbert Biermann

IG Bergbau, Chemie, Energie

Dietmar Schäfers

IG Bauen-Agrar-Umwelt

Annelie Buntentbach

Deutscher Gewerkschaftsbund

Dr. Hans-Jürgen Urban

IG Metall

Isolde Kunkel-Weber

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di

Peter Deutschland

Deutscher Gewerkschaftsbund

Dr. Stephanie Odenwald

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Stellvertreter

Stefan Körzell

Deutscher Gewerkschaftsbund

■ Gruppe der Arbeitgeber

Bertram Brossardt

Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V.

Gerhard Handke

Bundesverband Großhandel, Außenhandel,
Dienstleistungen e.V. (BGA)

Mitglied

Peter Clever

Bundesvereinigung der Deutschen
Arbeitgeberverbände

Knuth Henneke

Metropol-Region Rhein-Neckar

Walter Huber
Siemens AG

Dr. Jürgen Wuttke
Bundesvereinigung der Deutschen
Arbeitgeberverbände

Holger Schwannecke
Unternehmerverband des Deutschen
Handwerks e.V. (UDH)

Stellvertreter

Wolfgang Bartel
Arbeitgeberverband Gesamtmetall

Alexander Wilhelm
Bundesvereinigung der Deutschen
Arbeitgeberverbände

Dr. Lutz Mackebrandt
CMS Societät für Unternehmensberatung AG

■ Gruppe der öffentlichen Körperschaften

Mitglied

Bernd Buchheit
Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Sabine Hübner
Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Familie des Landes Brandenburg

Carsten Frigge
Behörde für Wirtschaft und Arbeit der Freien
und Hansestadt Hamburg

Petra Müller-Klepper
Hessisches Ministerium für Arbeit, Familie
und Gesundheit

Dr. Alexander Groß
Bundesministerium für Wirtschaft und
Technologie

Dr. Rosemarie Wilcken
Deutscher Städtetag

Kornelia Haugg
Bundesministerium für Bildung und Forschung

Stellvertreter

Thomas Pleye
Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des
Landes Sachsen-Anhalt

Christiane Voß-Gundlach
Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Prof. Eberhard Trumpp
Landkreistag Baden-Württemberg